Nr. 604 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 165

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, sofort zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 10. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der Reichstag und die Beamten.

Der Reichstag hat gestern in zweiter und dritter Lesung die Vorlage über die Erhöhung der Beamtenteuerungszulage erledigt. Angenommen wurden die von der Regierung gebilligten Ausschußbeschlüsse, alle darüber hinausgehenden Anträge wurden, nachdem die Regierung sie für unannehmbar erklärt hatte, abgelehnt.

Die gestrige mit allgemeiner Spannung erwartete Reichstagssitzung ist für die Regierung glimpflicher verlaufen, als zu erwarten war. Zu einer Regierungskrise ist es nicht gekommen. Weniger erfreut werden die Beamten über das Ergebnis der Verhandlungen sein, denn über die Kommissionsbeschlüsse hinaus ist nichts Nennenswertes für sie herausgekommen.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe berichteten, kamen von den Abänderungsanträgen lediglich der deutschnationale und der sozialdemokratische ernstlich in Betracht. Die anderen Anträge, zu denen sich noch ein kommunistischer Antrag, allen Reichsbeamten, ganz gleich ob in billigeren oder teuren Orten ein Mindesteinkommen von 16 500 Mark zu gewähren, gesellt hatte, konnten wegen ihrer unabsehbaren Konsequenzen keine geeignete Einigungsbasis bieten.

Außer diesen Anträgen lagen noch einige Entschließungen vor. Die Unabhängigen verlangten, daß die Kinderzulage einheitlich für alle Kinder neu geregelt werden sollte, und daß die Regierung sofort mit den Großorganisationen der Reichsarbeiter und -angestellten zwecks Neuregelung der Teuerungszulagen in Verhandlungen eintrete. Beide Entschließungen wurden abgelehnt, weil sie gegenstandslos sind, denn die geforderten Verhandlungen sind im Gange und die Kinderzulagen sind im Besoldungsgesetz so geregelt, wie die U. S. P. es wünscht.

Bei den Verhandlungen blieben die Regierungsparteien allen Vorstellungen unzugänglich. Mit allen möglichen Redewendungen suchten sie sich aus der für sie sehr unangenehmen Situation zu ziehen. Vergebens gaben sie sich Mühe, ihr „Nein" gegenüber der von der S. P. D. geforderten geringen Aufbesserung der Bezüge der unteren Gehaltsgruppen dadurch schmackhafter zu machen, daß sie in einer Entschließung die Erhöhung der Unterstützungsmittel zur Milderung besonderer Notfälle der Beamten verlangten. Der Reichstag stimmte dieser Entschließung zu, ebenso dem Ersuchen:

„im Wege der Verordnung den Reichsminister der Finanzen zu ermächtigen, den Unterschiedsbetrag, der sich aus der Gegenüberstellung des bestehenden Ortsklassenverzeichnisses und dem vorliegenden Entwurf eines neuen Ortsklassenverzeichnisses ergibt, sofort zur Auszahlung zu bringen".

Eine ganz besondere Note erhielten die Verhandlungen durch das Auftreten des Verwandlungskünstlers Hergt von den Deutschnationalen. Es war staunenswert, mit welch eiserner Stirn dieser Mann, der als preußischer Finanzminister während des Krieges die Beamten hat Hungerpfoten saugen lassen, hier sein neuentdecktes beamtenfreundliches Herz zur Schau trug. Er, der an dem Elend des deutschen Volkes mit am meisten die Schuld trägt — man denke nur an die Amerikaner, die nicht fliegen und nicht schwimmen können — konnte gar nicht genug verlangen. Die Finanzen spielten keine Rolle. Doch ganz klar wurde der Sinn seiner Wahlrede, als er erklärte, seine Freunde könnten dem S.P.D.-Antrag nicht zustimmen, weil dieser die Beamten der oberen Gruppen nicht einbezieht. Die Deutschnationalen haben also nur deshalb gegen den S.P.D.-Antrag gestimmt, weil sie den Aermsten unter den Beamten keine Zuwendung gönnen, die nicht auch gleichzeitig den hochbezahlten Beamten zugute kommt. Dies ist wirklich ein Standpunkt, der für das so oft betonte soziale Verständnis der Deutschnationalen überzeugend spricht. Bezeichnend war es auch, daß sie am Schluß der Verhandlungen den plumpen Versuch machten, den sozialistischen Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen, um sich so davor zu drücken, Farbe bekennen zu müssen.

Alles in allem war das Auftreten Hergts mit seinen Fragen nach der Krise in der Reichsregierung und im Reichsrat nichts anderes als Wahldemagogie übelster Sorte. Er mußte es sich denn auch gefallen lassen, daß er vom Genossen Bauer gründlich abgeführt wurde. Wenige aber kraftvolle Streiche an Hand früherer Parlamentsreden — und der mit allen Salben gewichste Hergt war entlarvt, seine nicht zu überbietende Heuchelei trat klar zutage.

Aber auch der Abgeordnete Moroth von der Deutschen Volkspartei erhielt wegen ganz unqualifizierter Angriffe auf die S. P. D. von Bauer eine glänzende Abfuhr. Im Interesse des Herrn Moroth, der die parlamentarischen Eierschalen noch an sich trägt, möchten wir ihm empfehlen, künftig seine Finger von derartigen Dingen zu lassen, um sich weitere derartige Blamagen zu ersparen.

Als neues, nicht zur Tagesordnung gehörendes Moment, wurde von den Kommunisten der Erlaß des Reichspostministers in die Debatte geworfen, dessen Aufhebung sie forderten. So verlockend es war, auf die Frage des Streikrechts der Beamten in der gestrigen Debatte einzugehen, wurde doch fast allgemein darauf verzichtet. In wenigen Tagen wird sich bei der Beratung einer Interpellation, die diesen Gegenstand behandelt, eine ungleich bessere Gelegenheit bieten, diese Frage eingehend zu besprechen und den Erlaß zu kritisieren. Ausdrücklich ist von Genossen Bauer hierauf hingewiesen worden. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Erlasses wurde dann auch vorläufig abgelehnt.

Das Ergebnis der Verhandlungen war infolge der ablehnenden Haltung der Regierungsparteien und der Deutschnationalen die Annahme des Kommissionsbeschlusses, der nur die schon gemeldeten Erhöhungen der Kinderzuschläge vorsieht. Natürlich wird dies die Beamten nicht befriedigen, und die Führer der Beamtengewerkschaften stehen vor schweren Entscheidungen. Wie verlautet, sind die Vorarbeiten des Deutschen Beamtenbundes zur Vornahme einer Urabstimmung schon im Gange. Aus Düsseldorf kommt sogar die Nachricht, daß die dortigen Postbeamten ⅘ für, ⅕ gegen den Streik gestimmt haben. Die Krisenstimmung ist also nicht überwunden, auch wenn die Regierung selbst sie überstanden hat. Es fragt sich nun, ob diese Krise zu einem Austragen der Machtfrage zwischen Regierung und Beamtenschaft — nichts anderes ist der Beamtenstreik — führen soll. Dies muß unter allen Umständen verhindert werden, und zwar nicht nur im Interesse der beiden Parteien, sondern im Interesse des ganzen Volkes. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Streik der Beamten unserem schwerkranken Wirtschaftsleben den Todesstoß versetzen wird. Deshalb müssen wir verlangen, und unser Appell richtet sich sowohl an die Reichsregierung als auch an die Beamten, daß die Wirkungen der vom Reichstag gestern beschlossenen Maßnahmen — zu denen auch die Auszahlung des am 1. Januar fälligen Gehalts noch vor Weihnachten kommt — abgewartet und geprüft werden müssen. Ergibt sich dann, daß sie nicht vermocht haben, die Not der Beamten zu lindern, so müssen neue schleunige Verhandlungen zu weiteren Hilfsaktionen eingeleitet werden.

* * *

Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die neuen Teuerungszuschläge für die Beamten.

Berichterstatter Höfle (Z.): Die Regierung hat sich darauf beschränkt, die Erhöhung der Kinderzuschläge vorzuschlagen. Der Ausschuß hat die Vorschläge des Regierungsentwurfes erhöht. Danach wird der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 für die Ortsklasse A auf 150 Proz., für Ortsklasse B auf 125, für C auf 100 und für D und E auf 75 Proz. festgesetzt. Von diesem Tage an erhalten außerplanmäßige Beamte, die noch 80 Proz. des vollen Ortszuschlages beziehen, als weiteren Teuerungszuschlag die übrigen 20 Proz. des Ortszuschlages plus dem allgemeinen Teuerungszuschlag von 50 Proz.

Mit diesen Vorschlägen des Ausschusses hat sich die Regierung einverstanden erklärt.

Dem entgegen beantragen die Sozialdemokraten, daß der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Oktober bei Grundgehältern bis 8100 M. auf 60 Proz. festgesetzt wird. Der Antrag der Unabhängigen verlangt eine gleichmäßige Teuerungszulage für alle Reichsbeamten auf 10 000 M. jährlich. Weiter soll mit den Großorganisationen zwecks

Neuregelung der Teuerungszulagen

in Verbindung getreten werden. Ein deutschnationaler Antrag verlangt für den Beamten einen 10 prozentigen Teuerungszuschlag und 80 prozentige Kinderbeihilfe in den Ortsklassen A, 70 Proz. in B und C 60 Proz. Die Regierungsparteien beantragen weiter die Auszahlung des am 1. Januar fälligen Gehaltes noch vor Weihnachten.

Abg. Steinkopf (Soz.):

Die Not des Beamtenstandes kann nicht mehr überboten werden. Unsere Aufgabe ist es, zu prüfen, wie dieser Not gesteuert werden kann. Die Regierung hat sich zu ihrem Eingreifen zwingen lassen, denn die Vorlage ist schon einen vollen Monat fertig, woraus keine besondere Sorge seitens der Regierung für die Beamtenschaft spricht. Die Vorlage war zurzeit ungenügend und besserungsbedürftig. Wir berücksichtigen zwar das allgemeine Finanzelend, halten jedoch an unseren Prinzipien fest, besonders was die Kinderbeihilfen betrifft.

Die Beamten in den Großstädten und Großbetrieben haben von den Ortsklassenverzeichnissen so viel wie gar nichts. Die Kinder waren bisher ganz ausgeschaltet. Die Kinderzulagen müssen bei allen Beamten gleichmäßig gestellt werden. Die höher bezahlten Beamten haben als Teuerungszulagen soviel, wie bei dem kleinen Beamten das ganze Gehalt ausmacht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Die Sozialdemokratische Partei beantragt,

durchweg Teuerungszuschläge auf 10 000 M.

festzusetzen. Dabei ist zu bedenken, daß die Teuerungszuschläge ebenfalls unter dem Einkommensteuergesetz stehen. Wenn man gerecht sein will, dann muß gestaffelt werden. Ein Teuerungszuschlag von 50 bis 60 Proz. zum Grundgehalt ist wenig, aber mit den Kinderzulagen zusammen wenigstens einigermaßen fühlbar. Wir behalten uns noch vor, nach dem Gang der Debatte einen weiteren Antrag einzubringen. Es ist richtig, daß das Geld ganz entwertet ist, doch wollen wir der Einwendung des Herrn Finanzministers nur das ganz einfache

Argument des knurrenden Magens

entgegenhalten. Zu den gefüllten Fleischerläden und Luxusbäckereien stehen die hungernden Magen der Beamten und Angestellten in einem krassen Mißverhältnis.

Erfreulich ist, daß die Pensionäre automatisch mit an den Zuschlägen teilnehmen werden. Nach dem Verbleiben des Papiergeldes muß geforscht werden, es wird von vielen Kreisen versteckt. Es muß ein Weg gefunden werden, das Geld aus dem Volke herauszuholen. Ein grundsätzlicher Wandel muß geschaffen werden in den Zuständen der Oberbeamtenschaft. Bei der Post, bei der telegraphischen Reichsanstalt werden immer neue Räte und Referenten angestellt. Bei der Oberpostdirektion reichen die Räume nicht mehr zu, so daß an den Bau eines neuen Gebäudes für 25 Millionen Mark gedacht wird. (Hört! hört!) Hier muß abgebaut werden. Im Bereich des Finanzministeriums Abt. IV sind neuerlich 100 Beamte befördert worden. (Heiterkeit.) Das ist Sparsamkeit. Ein Preisabbau muß durchgesetzt werden bei den großen Verkaufsverwaltungen, dann werden die kleineren nachfolgen. Die Beamten wollen nur das Nötigste haben, um ihr Dasein fristen zu können. Sie werden verstummen und treu ihre Pflicht erfüllen, wenn sie sehen, daß die Reichsregierung das ihre tut. (Beifall.)

Abg. Allekotte (Z.): Die Vorlage hätte schneller an das Haus geleitet werden sollen. Die Lage der Beamtenschaft wurde weder rechtzeitig erkannt, noch entsprechend gewürdigt. Der den Beamten aus der neuen Ortsklasseneinteilung seit 1. April vorenthaltene Betrag muß zur Auszahlung gelangen.

Abg. Hergt (Dnat. Vp.): Die Regierungsvorlage ist ungenügend ausgearbeitet. Bei einer allgemeinen Teuerung müssen alle Beamten berücksichtigt werden. Der Ausschuß hat die Klassen D und E mit einbezogen. Es ist unerträglich, daß die Regierungsvorlage

für die Pensionäre nichts übrig

hat. Die gesamte Presse spricht von einer Regierungskrise, aber die Regierung sitzt auf ihrem Platze und schweigt. Wir verlangen eine Erklärung.

Reichsfinanzminister Wirth:

Die Vorredner haben der Regierung den Vorwurf gemacht, als ob sie mit der Hilfe für die Beamtenschaft zu lange gezögert hätte. Niemanden war es unangenehmer als mir, die Erledigung der Vorlage wochenlang hinschleppen zu sehen. Wer die Verfassung kennt, weiß, daß der Finanzminister allein die Vorlage nicht verabschieden kann. Die Beamtenbesoldung hat Rückwirkung auf die Länder und Gemeinden.

Um einen gewissen Einhalt im gegenseitigen Ueberbieten zu tun, haben wir ein Sperrgesetz einbringen müssen. Dieser Schritt ist ein weitgehender politischer. Das Gesetz wurde besonders von den Gemeindebeamten lebhaft bekämpft, voran von den bayerischen. Die Reichsregierung kann nicht von heute auf morgen einen Schritt tun, der für Reich und Land so bedeutend ist, sondern sie muß zunächst mit Land und Gemeinde Fühlung nehmen. Das Zusammenbrechen der Gemeindefinanzen zieht auch das Reich in Mitleidenschaft. Ich habe

die Finanzminister der Länder

zu mir bitten lassen. Und da war es gerade der preußische Finanzminister Lüdemann, der erklärt hat, daß er nicht in der Lage sei, die Folgerungen aus einem etwaigen Vorgehen des Reichs für Preußen zu ziehen. (Hört, hört!) Es muß endlich erkannt werden, daß von der Geldseite her die Lage der Beamten nicht zu bessern ist. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Auch

die Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner

hat anerkannt, daß mit Papiergeld die Not der Beamten nicht zu lindern ist. Der Antrag der Deutschnationalen gibt den Beamten keine sofortige Hilfe, da er erst an den Reichsrat gehen muß, um den Ländern Gelegenheit zu geben, ihre Stellungnahme dazu zu erklären. Es ist darum unter allen Umständen besser, den Beamten noch vor Weihnachten Hilfe zu gewähren, wenn auch diese Hilfe etwas niedriger ist. (Beifall und Widerspruch.) Die Regierung will aber noch ein weiteres tun und ist bereit, mit Rücksicht auf die von ihr wohl anerkannte Notlage der Beamten Anordnungen zu treffen, um die am 1. Januar fälligen Dienstbezüge möglichst noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen. (Ironisches Gelächter und Zurufe links und auf den Tribünen.) Ebenso will sie gemäß dem Antrag Allekotte eine Höherstufung der Ortsklassen da vornehmen, wo dies die genauen statistischen Erhebungen zweifelsfrei ergeben. Gerügte Einzelheiten werden nachgeprüft, dazu braucht man nicht aus jeder einzelnen eine Staatsaktion zu machen. (Sehr richtig! Mitte.) Die Regierungsvorlage verdient nicht die abfällige Kritik von links und rechts, denn gerade auch aus der Beamtenschaft ist sie zum Teil dankbar begrüßt worden. Der Minister verliest eine Anzahl Dankschreiben.

(Heiterkeit links und auf den Tribünen.) Die Forderungen aus den Anträgen der Linksparteien würden

eine Mehrbelastung von 5,8 Milliarden Mark

bedeuten, das wäre nur eine weitere Erhöhung des Notenumlaufs, durch die letzten Endes die Not der Beamten verstärkt wird. (Sehr richtig! in der Mitte. Widerspruch links.)

Wenn der Abg. Hergt eine Regierungskrise an die Wand malt, so schreckt uns das nicht. Der Regierung liegt dies durchaus fern, sie will nichts als den Beamten helfen, soweit es mit den Lebensnotwendigkeiten des Reichs vereinbar ist. (Beifall in der Mitte.)

Abg. **Moruth** (D. Vp.): Es ist uns angesichts der Notlage der Beamten schwer gefallen, auf den Boden der Regierungsvorlage zu treten, aber nach genauer Prüfung der Lage, insbesondere der Finanzlage, war dies notwendig. Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die deutschnationalen und sozialistischen Anträge und wirft darauf hin, daß die Lage der Beamten in vielen Fällen schlechter als die der Arbeiter ist. (Widerspruch links.)

Abg. **Breunig** (U. Soz. rechts): Die Anerkennungen aus Beamtenkreisen, die der Herr Reichsfinanzminister verlesen hat, scheinen von einem Spaßvogel zu stammen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Regierung über

die Papiergeldnot

klagt, so muß ich sagen, daß sie gar nichts dagegen unternommen hat, so wenig wie gegen die Schieber- und Wuchergewinne. (Sehr richtig!) Wir beantragen, daß alle Beamten die gleichen Teuerungszulagen erhalten, denn die Teuerung trifft sie ebenfalls gleich und nicht prozentual nach ihrem Einkommen. (Sehr richtig!) Redner kritisiert dann an einer Reihe von Einzelbeispielen das Gesetz, insbesondere die Einreihung in verschiedenen Kategorien. Die Steuerschen der besitzenden Klassen ist geradezu sprichwörtlich geworden, während die Arbeiter, Angestellten und Beamten durch den Steuerabzug aufs schärfste erfaßt werden. (Sehr richtig!) Die Regierung ist stark gegen die wirtschaftlich Schwachen und schwach gegen die wirtschaftlich Starken. (Sehr richtig! links.) Wer für die Beamten und Staatsarbeiter wirklich etwas tun will, muß für unsere Anträge stimmen; dabei wissen wir wohl, daß durchgreifende und dauernde Hilfe nur möglich ist, wenn das heutige Wirtschaftssystem durch das sozialistische abgelöst worden ist. (Lebhafter Beifall links.)

Der Präsident verliest einen eingegangenen Abänderungsvorschlag Hergt und Genossen (Dnatl.), der 60 Prozent Zuschlag auf gleich, und nicht prozentual nach ihrem Einkommen, (Sehr richtig!) die Teuerungszulage verlangt und 100 bzw. 90 und 80 Prozent auf die Kinderzulage der Ortsklassen A, B usw.

Abg. **Delius** (Dem.): Die Forderungen der Beamten sind gewiß berechtigt; aber das Reich kann sie angesichts der Finanzlage bei dem besten Willen nicht erfüllen. Wir sind für die Regierungsvorlage mit der Verbesserung durch den Antrag Allekotte. Das Auftreten des Herrn Hergt war nur eine

Wahlrede für die preußischen Landtagswahlen.

Wäre er heute noch preußischer Finanzminister, würde er nicht anders handeln als die heutige Regierung. Mit der Bewilligung der Teuerungszulage ist das Problem der Beamtenschaft noch nicht dauernd gelöst, sondern es muß ständig im Auge behalten werden.

Abg. **Plettner** (Kommunist): Die Arbeiterschaft wird gemeinschaftlich Schulter an Schulter mit der Beamtenschaft für ihre Forderungen eintreten. Soviele Tausende haben nicht einmal das Existenzminimum. Wir fordern ein Existenzminimum einschließlich der Kinderzulage. Gegen das Streikverbot des Ministers Giesberts protestieren wir aufs energischste, den Beamten gebühren dieselben Rechte wie den Arbeitern. Eine wirkliche Regelung könnte nur durch eine Kommission aus den Reihen der Beamten auf Grund des jeweiligen Existenzminimums mit der Regierung gemeinsam erfolgen.

Abg. **Dauer** (D. Vp.): Unsere Aufgabe ist, mit allen Mitteln die in Angriff genommene Besoldungsordnung zu unterstützen.

Preußischer Finanzminister Lüdemann:

Im Hauptausschuß habe ich weder für noch gegen eine Forderung der Beamtenschaft gesprochen, sondern anläßlich der Anfrage des Abg. Schultz-Bromberg pflichtgemäß darauf hingewiesen, daß bei weiterer Erhöhung der Ausgaben durch das Reich dieses auch die Verantwortung für die Aufbringung der Mittel werde übernehmen müssen. Eine Einwirkung auf die preußische Staatsregierung zugunsten der Wünsche der Beamtenschaft hatte es nicht bedurft, da

die preußische Staatsregierung

von selbst bemüht ist, alles, was in ihren Kräften steht, für die Beamtenschaft zu tun. Leider ist ihr da, wo die finanzielle Kraft des Staates aufhört, die Grenze gezogen. (Zuruf von rechts und in der Mitte: Na also!) Es ist notwendig, daß bei Beratungen über die Bewilligungen von Ausgaben auch die Länder gehört werden, damit das Reich aufmerksam gemacht wird, ob sie die Verantwortung für die Aufbringung der Mittel noch übernehmen können oder nicht.

Abg. **Hergt** (Dnat.): Vor Vorschüssen an die Beamten aus diesen Geldern warne ich, da sie leicht für Weihnachtsausgaben verwendet werden könnten. Eiserne Sparsamkeit ist notwendig, aber nicht gegenüber der Beamtenschaft. (Große Unruhe bei den Regierungsparteien.)

Reichsfinanzminister Wirth:

Eine ganze Reihe von Anfragen hat nur das Gepräge des Angriffes. Unterstützungsgelder aus dem Unterstützungsfonds sind bisher noch nicht abgelehnt worden. **Der Antrag der Deutschnationalen, wie auch der der Sozialdemokraten ist für die Regierung nicht annehmbar.** (Hört, hört!) In einem Stadium wie dem jetzigen ist es bedenklich, die Vorlagen noch Tage und Wochen hinauszuschieben. Die Stimmung in der Beamtenschaft fordert rasches Handeln. Deshalb wird es notwendig sein, daß der Vorschlag der Regierung angenommen wird.

Abg. Bauer (Soz.):

Man hat sich vorhin in Auseinandersetzungen über das **Streikrecht** der Beamten eingelassen. Dazu ist wohl jetzt kaum der rechte Augenblick. Es ist wohl etwas einseitig, wenn man nur eine bestimmte Volkskategorie herausgreift, für sie ein Existenzminimum fordert, während es vielen Kreisen des Volkes noch schlechter als den Beamten geht. Herr Moruth hat schwere Angriffe gegen die Sozialdemokratie vorgebracht. Sie wäre schuld an der Ueberfülle der Beamten in den Ministerien. Ich weise darauf hin, daß in der Republik neugeschaffen wurden nur das Wiederaufbauministerium, das Schatzministerium und ein Ministerium ohne Portefeuille, das wieder eingegangen ist. Wiederaufbau- und Reichsschatzministerium wurden auf Wunsch der bürgerlichen Parteien geschaffen und nicht auf Betreiben der Sozialdemokratie. Auf die Frage, was die Sozialdemokratie früher getan habe, sage ich Ihnen, daß sie die schwierigste Aufgabe überwältigt hat: aus einem Trümmerfeld, das der Krieg übriggelassen hat, ist

unter sozialdemokratischer Leitung ein Staatswesen

geworden. Wenn die Deutsche Volkspartei heute ihre Regierungskunst beweisen kann, dann höchstens dadurch, daß sie sich auf positive Leistungen der alten Macher beruft. Die Herren von der Rechten haben gut reden, sie sagen, der Krieg hat so viele Milliarden gekostet, gehen wir nur aus, erfüllen wir die Forderungen der Beamtenschaft und — ihr Hauptgedanke — retten wir uns vor dem Bolschewismus. Aus einem ungeheuren Chaos haben wir bis zu den Reichstagswahlen trotz aller Schwierigkeiten große Fortschritte gemacht. (Gelächter bei der Rechten.) **Welches sind Ihre aktiven Leistungen, meine Herren von der Rechten?** Herr Hergt behauptet, die Deutschnationalen hätten in Würdigung der Lage der Beamtenschaft den Antrag gestellt und seine Ausführungen seien getragen von Ernst der Verantwortung, der seiner Partei eigen sei. (Gelächter bei den Soz.) Wie groß der Ernst der Verantwortung ist, das hat sich gerade unter der Ministerschaft des Herrn Hergt im Dezember 1917 gezeigt, wo eine große Aktion für die Beamtenschaft im Gange war und wo er und seine Partei im preußischen Abgeordnetenhause gegen eine Erhöhung der Zulagen der Beamtenschaft waren.

Daran, daß Sie (zur Rechten) den Teilantrag ablehnten, erkenne man Sie! (Unruhe bei der Rechten.) Doch wir wollen hier durchaus keine Agitation treiben, wie die Deutschnationalen. Unter der Regierung Hergt hatten die Beamten kein Koalitionsrecht, noch mehr, man wollte ihnen sogar das Petitionsrecht nehmen. Seit der Revolution sind auch die Beamten

freie Bürger und Menschen

geworden. (Zuruf rechts: Es geht ihnen aber heute schlechter!) Aber nur deshalb, weil es der ganzen Nation schlechter geht, infolge Ihrer verbrecherischen Kriegspolitik. (Unruhe rechts.) Wir verharren auf unserem Antrage. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Kohlke** (U. Soz.) wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Anträge der Linken von wahlagitatorischen Beweggründen diktiert seien. An der Verschärfung des Kampfes tragen nicht die Beamten, sondern die Regierung, besonders das Postministerium schuld. (Sehr richtig!) Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen Hergts und weist darauf hin, daß damals den Beamten sogar das Koalitionsrecht genommen war. Es war höchste Zeit, daß die Beamten das Helotentum abstreiften und in ihren Gewerkschaften zum wirtschaftlichen Kampf antraten.

Abg. **Düwell** (Komm.): Die Haltung der Regierung gegenüber den Beamten geht nur auf vollkommene Restaurierung der alten Verhältnisse hinaus, angeregt durch das bayerische Beispiel. (Sehr richtig!) Wenn unser Antrag auf Gewährung eines Existenzminimums von 16 500 M. für jeden Beamten abgelehnt wird, werden wir für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen, aber den Beamten immer und immer wieder sagen, daß sie ihr hier verweigertes Recht nur an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft erkämpfen können. (Beifall bei den Kommunisten.)

In einer persönlichen Bemerkung stellt Abg. Frau **Zietz** (U. Soz.) fest, daß ihr vom Finanzminister Wirth als falsch bezeichneter Zwischenruf, wonach die Regierung 37 Milliarden an die Reedereien zahle, auf der Tatsache beruhe, daß am 2. Dezember eine Sitzung des Reichskabinetts mit Vertretern der Reederei stattfand, in der diese die Einlösung des seinerzeitigen Versprechens auf Ersatz der 80 Proz. der Baukosten befanden haben, was heute 37 Milliarden ausmacht. (Lebhaftes Hört, hört!)

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Abstimmung über die eingegangenen Anträge. Dazu fordert Abg. Schultz-Bromberg (Dnat.) zuerst die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag Müller, wogegen sich die Abgg. Burlage (Z.) und Kicher (D. Vp.) wenden, während Abg. Frau Zietz (U. Soz.) und Koenen (Komm.) ihre Anträge als die weitestgehenden zuerst abgestimmt haben wollen. — Das Haus beschließt die Abstimmung in der Reihenfolge Hergt, Müller, Koenen, Zietz.

In den folgenden

Abstimmungen

wird der Antrag Hergt gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt; der Antrag Müller (Soz.) mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die vereinigten sozialistischen Stimmen abgelehnt; die Regierungsvorlage mit allen Stimmen gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen; die kommunistischen und unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt; der Zusatzantrag Allekotte — Neuregelung der Ortsklassen — gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Es wird sofort die dritte Lesung vorgenommen. In der Schlußabstimmung wird das Gesetz gegen die Kommunisten einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Abkommens mit der Schweiz.

Nach kurzen Ausführungen von seiten der Regierung und einer daran anschließenden kurzen Debatte wird der Gesetzentwurf angenommen.

Freitag 12 Uhr: 1. Kleine Anfragen. 2. Interpellation Adenhold über Streikrecht der Beamten. 3. Etat des Ernährungsministeriums.

Schluß 8 Uhr.

•

Der Aeltestenrat des Reichstages hielt gestern nach der Plenarsitzung eine Sitzung ab, um noch einmal über die Geschäftslage zu beraten. Man einigte sich dahin, außer den noch ausstehenden Interpellationen unbedingt noch die Besoldungsvorlage, die zurzeit noch im Ausschuß verhandelt wird, und einen Notetat im Reichstag zu verhandeln. Wie bereits beschlossen, bleiben Sonnabend und Montag sitzungsfrei. Vom Dienstag ab werden die Sitzungen bis zum 18. fortgeführt. Nach den Weihnachtsferien wird das Haus voraussichtlich wieder am 11. Januar zusammentreten.

•

Abgebrochene Verhandlungen.

Der Beamtenrat der Eisenbahndirektion Essen, bestehend aus 70 Vertretern von zirka 80 000 organisierten Beamten, verhandelte Dienstag und Mittwoch im Direktionsgebäude mit den Eisenbahndirektionspräsidenten. Die Beamten erklärten, daß sie, um den Dienst in gewohnter Weise fortführen zu können, einen Vorschuß von 500 M. für Ledige und von 1000 M. für Verheiratete beanspruchen müßten. Der Präsident, der Instruktionen von der Reichsregierung eingeholt hatte, erklärte sich namens der-

---

Der Lokomotivführer.

1.

Mit gesteigerter Geschwindigkeit braust der D-Zug durch die dunkle Herbstnacht. Die Zollrevision an der Grenze hat ihn beträchtlich über die fahrplanmäßige Zeit aufgehalten, und sichtlich bemüht sich der Lokomotivführer, die große Verspätung einzuholen.

Die Fahrgäste, von der langen Fahrt ermüdet, und ihrer überdrüssig, überlassen sich dem Spiel ihrer Gedanken, die vornehmlich auf Dinge gerichtet sind, die sie nach Beendigung ihrer Reise vorzunehmen gedenken, auf Hoffnungen und Wünsche, die sich dann erfüllen sollen.

Hin und wieder huschen an den Fenstern rote, grüne, gelbe und weiße Lichter vorüber, deren Bedeutung den meisten Reisenden unbekannt ist. Dem einen oder anderen beschleicht bei der rasenden Fahrt des Zuges mitunter ein bängliches Gefühl: Wird der Führer des Zuges auch alle Warnungszeichen beachten und sich der Verantwortung, die verträgt, bewußt sein?

Immer jedoch macht diesen auftauchenden Besorgnissen das Gefühl der Zuversicht Platz: Der erprobte Mann auf der Maschine wird seine Pflicht tun!

Stunden vergehen, der Zug nähert sich seinem Ziele. Da! Ein ohrenbetäubendes Krachen, Klirren, Splittern! Der stolze Zug ist ein wüster, grausiger Trümmerhaufen, aus dem das Schreien, Stöhnen, Wimmern und Aechzen der Verletzten und Sterbenden ertönt.

2.

Der große Schwurgerichtssaal ist überfüllt. Der Prozeß gegen den Lokomotivführer, der beschuldigt wird, das furchtbare Eisenbahnunglück verursacht zu haben, hat seinen Höhepunkt erreicht.

Der Staatsanwalt spricht ganz ruhig, ohne sich bekannter Mittel zu bedienen. Er weiß, die Tatsachen sprechen lauter und deutlicher als es Menschenzungen vermögen.

„..... und nun, meine Herren Geschworenen, vergegenwärtigen Sie sich das Verhalten des Angeklagten während der Unglücksfahrt. Der Zug fuhr mit größerer Verspätung von X. ab, der Zugführer warnte den Lokomotivführer, schneller zu fahren, als es die Sicherheit des Zuges und der Reisenden zuließ. Der Lokomotivführer kannte die Gefährlichkeit der Unglücksstelle, an der die Strecke ein starkes Gefälle und außerdem eine Kurve aufweist. Trotzdem minderte er nicht rechtzeitig die Geschwindigkeit, ja er unterließ es sogar, als er die Gefahr erkannte, die Notbremse zu ziehen. In ganz unbegreiflicher und unverantwortlicher Leichtfertigkeit war er nur darauf bedacht, sich selbst durch Abspringen von der Maschine in Sicherheit zu bringen, während der Zug, seinem Schicksal überlassen, entgleiste, die steile Böschung hinunterstürzte und unter seinen Trümmern viele blühende Menschen begrub.

Als einzige Entschuldigung für seine verantwortungswidrige Kopflosigkeit führt der Angeklagte an, daß ihn der Heizer und einige Mitreisende zu möglichst schnellem Fahren aufgefordert hätten.

Das Urteil über die Stichhaltigkeit dieser „Verteidigung" überlasse ich den Herren Geschworenen . . ."

3.

Dieses Geschichtchen erzählte ich jüngst meinen Reisegenossen im Abteile eines Zuges, als sie mich darüber zu belehren versuchten, daß Wilhelm II. ein Opfer seiner Ratgeber geworden und demnach „schuldlos" sei.

Remus.

Ein Fabelbuch „Von Mensch und Tier" hat Walter Schwabe mit bemerkenswerten Bildern nach Radierungen von Walter Klemm im Stuttgarter Verlag von Karl Thienemann (Preis 13,50 M.) erscheinen lassen. Er ging von der Erwägung aus, daß die alten Fabeln dem Kinde nie wirklich lebendig werden könnten, und schrieb sie um, damit ihr Inhalt dem kindlichen Sinn anschaulicher werde. So sind verweilende kleine Erzählungen entstanden, denen man immerhin zugestehen mag, daß sie den kindlichen Sinn unterhalten und bildlich bereichern. Aber sie wirken in ganz anderer Richtung als die Fabel, die sich durchaus an den Verstand wendet und mit ihrer knappen, auf das Notwendigste beschränkten schlagenden Kürze erzieherisch Tüchtiges zu leisten vermochte und immer noch zu leisten vermag. Wir wollen sie weiter schätzen als ein gutes Erbe aus Zeiten der Verstandeskultur, und es ist kein Zufall gewesen, daß ein Jahrhundert wie das achtzehnte, das Jahrhundert des Rationalismus, in der Fabeldichtung hohes Vergnügen fand, das zu ansehnlichen Mehrungen dieses Volksschatzes führte. Sie schult das Denken und erzieht zur Kunst des kürzesten Ausdrucks. Wer diesen Vorzug nicht vergessen kann, wird sich gegen den Einfall Walter Schwabes von Erzählung zu Erzählung sträuben. Seine Ausweitungen erreichen die Kindlichkeit der Fassung nicht, die den Fabeln eigen ist. Aber man wird ihm auch nicht unrecht tun dürfen: er wollte keineswegs sagen, daß die alte Fabel überflüssig sei. —ch.

Die pflichtvergessenen Bühnenleiter. Der Schriftsteller Ernst v. Wolzogen hatte während seiner letzten Krankheit namhafte Unterstützungen von Freunden und Verehrern seiner heiteren Muse erhalten. Aus einem Brief, den er jetzt veröffentlicht, geht hervor, daß die meisten Liebesgaben ihm aus den Kreisen der Varietékünstler zugeflossen sind, während die deutschen Bühnen und literarisch-künstlerische Vereinigungen sich diesem Werk der Nächstenliebe nicht anschlossen. Voller Bitterkeit klagt Wolzogen nun die Bühnenleiter und Verleger an. „Sie spielten," sagt er, „die Rolle des Leviten und des Pharisäers im Evangelium; sie hätten den kranken Dichter wie einen Hund am Wege verrecken lassen; da kamen die Kunstpfeifer, Seiltänzer, Bauchredner usw. und halfen ihm als barmherzige Samariter wieder auf die Beine."

Jung-Frühling. Unter diesem Titel hat Otto Lehmann-Rußbüldt, der bekannte Pazifist, im Verlage „Neues Vaterland" ein Buch erscheinen lassen, das in mancher Beziehung starke Beachtung verdient. Der Verfasser gibt in der losen Erzählungsform von „Märchen" ewiges Weltenleben. Im erkennenden Blicke des schöpferischen Menschen zeigt sich das Bild der Erde. Im Gefühl von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk ist alles Zeitgeschehen bedingt. Die Kabinettspolitik der Könige und ihre Staatsverträge bedeuten nichts gegenüber dem ursächlichen Zusammenhange aller Dinge; Kirchenglaube und Dogma verwehen in nichts vor dem Gottgefühle des sehnsüchtigen Menschen aller Völker und Tage; die Notwendigkeit von Kriegen für die Erhaltung der nationalen Staatsautorität wird sinnlos im Hinblick auf das ewige Gleichmaß des Weltenlaufs, das solcher rohen Mittel nicht bedarf, um in Gang zu bleiben.

Nicht trockene Historie, sondern blutvolle Zeitgeschichte wird gegeben, deren weisendes Symbol der schaffende Mensch ist. Es ist ein Buch für Idealisten und solche, die es werden wollen. H. W.

„Gestohlen." Die Zeitungen melden als originellen Trick, daß der Magistrat Potsdam, um sich vor den fortgesetzten Glühlampen-Diebstählen zu schützen, auf den Birnen die Worte hat einätzen lassen: „Gestohlen beim Magistrat Potsdam". Zur Ehrenrettung der historischen Wahrheit müssen wir aber feststellen, daß der Magistrat Potsdam hierbei selber einen kleinen literarischen Diebstahl begangen hat. Denn diese Erfindung rührt nicht von ihm her, sondern sie wurde gemacht im „Café des Westens", dem Treffpunkt der Berliner Literatenwelt, und zwar bereits vor vielen, vielen Jahren, als man dort noch ungehindert Schlagsahne zu wirklichem Bohnenkaffee genießen konnte. Wegen seiner starken Künstlerkundschaft hielt das Café eine Menge wertvoller Kunstzeitschriften, die aber infolge einer der Literatenwelt eigenen Passion meist sehr schnell nach ihrem Eintreffen spurlos zu verschwinden pflegten. Da war es der allen Gästen wohlbekannte Zeitungs-Richard, der sich einen mächtigen Stempel anfertigen ließ und auf mindestens vier Seiten jeder Zeitschrift den Vermerk setzte: „Gestohlen im Café des Westens". Ganz geholfen hat es nicht, aber immerhin wurde die durchschnittliche Lebensdauer der Zeitschriften eine beträchtlich längere.

„Die tote Stadt", eine neue Oper des 23jährigen Wiener Komponisten Korngold, erlebte im Hamburger Stadttheater mit außerordentlichem Erfolg die Uraufführung. Der Text von Paul Schott knüpft an Rodenbachs Seelennovelle „Das tote Brügge" an. In Korngolds phantastisch-visionären Musik sind die Zerrissenheit der Seelenstimmung, die Leidenschaft des Begehrens, die geheimnisvollen Grenzen zwischen Wirklichkeit und Traum mit packender Ausdrucksfülle, mit einer trotz aller Kompliziertheit der Form bezwingenden melodischen Kraft und Schönheit ausgemalt. Ein bis zur höchsten Verfeinerung entwickeltes artistisches Können steht in Diensten einer unerhört reichen musikalischen Farbenskala.

Fritz Kortner sagt, durch Krankheit gezwungen, seinen für den 10. Dezember im Blüthnersaal angesetzten Vortragsabend ab. Gelöste Eintrittskarten werden in den Verkaufsstellen zurückgenommen.

Künstlerische Reklame in Postgebäuden. Der Reichskunstwart Redslob regt an, statt der geplanten Reklamen gleichzeitig bei Neuerrichtung von Postgebäuden in den Fenstern und sonst auf dazu auszusparenden Innenflächen der Posträume künstlerische Glasmosaikbilder deutscher Arbeit und Wirtschaft anzubringen, bei denen dann die stiftende Firma in ausgezeichneter Weise genannt sein könnte, wie dies bei den alten Glasfenster-Stiftungen unserer Kirchen üblich war. Da bieten sich Möglichkeiten genug, um in Zusammenarbeit mit geeigneten Künstlern eine gute und wirksame Reklame anzubringen.

Attacke gegen die Beamten.

Stürmische Debatte im Rathaus.

Die Stadtverordnetenversammlung kommt mit ihrer Arbeit nicht von der Stelle. In der gestrigen Sitzung standen auf der Tagesordnung nicht weniger als sieben Anträge, von denen mehrere schon aus früheren Sitzungen als Reste übernommen waren; erledigt wurden aber wieder nur zwei. Ein Antrag der Kommunisten, der sich gegen Anstellung von Beamten auf Lebensdauer wandte, führte zu einer mehrstündigen und zeitweise recht wüsten Streiterei. Im Rahmen strenger Sachlichkeit hielt sich die Rede unseres Genossen Paul Hirsch, der einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion begründete, die Frage der Neueinstellung von Beamten zu prüfen. Das Ergebnis der den größten Teil der Sitzung in Anspruch nehmenden Debatte war die Annahme dieses Antrages unter Ablehnung des Antrages der Kommunisten. Beschlossen wurde ferner, Aufklärung herbeizuführen über Unregelmäßigkeiten, die auf dem Schlachthof vorgekommen sein sollen und dem Inspektor Lorenz zur Last gelegt werden, sowie über eine angebliche Autoverschiebung, die der frühere Stadtrat Berndt verschuldet haben soll. Ein paar Beleidigungsklagen, die in Aussicht gestellt wurden, vervollständigten den Ertrag dieses anregenden Abends.

Sitzungsbericht.

Vorsteher Dr. Weyl eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die bisherige „U. S. P. D. (Linke)" in Zukunft diese Bezeichnung nicht mehr führen wird, sondern sich von jetzt ab „Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der III. Internationale in der Stadtverordnetenversammlung" nennt. Die Mitteilung wird mit Oho-Rufen auf der Rechten und auf der Linken begleitet.

Ein Dringlichkeitsantrag dieser Fraktion, der die sofortige Aufhebung des Erlasses des kommissarischen Magistrats vom 16. November wegen Streichung der Ausgaben für unentgeltliche Lieferung der Lernmittel in den Etats der Vororte verlangt, findet auf der Rechten Widerspruch und kann heute nicht verhandelt werden. In nachträglicher Abstimmung lehnt die Mehrheit gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktionen den Antrag der Wirtsch. Vag. ab, der bezweckte, für die Arbeiter in den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken vertraglich festzulegen, daß jeder, der gegen die Verordnung vom 10. November 1920 verstößt, sofort zu entlassen ist. Der Entwurf eines Ortsgesetzes betr. die Zuweisung von Gemeindebeamten als Dezernenten wird vom Magistrat zurückgezogen. — Die Beratung der Vorlagen wegen Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität kann nicht erfolgen, weil die Ausschußberichte noch nicht vorliegen.

Von den Sozialdemokraten ist ein Antrag wegen Erhöhung des Ortslohnes und Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge entsprechend den Vorschriften der R.V.O. eingebracht, den Brückner begründet. — Nachdem Stadtrat Brühl die Erklärung abgegeben hat, daß bis spätestens Ende März 1921 die Erhöhung bzw. Neufestsetzung in Kraft gesetzt sein wird, zieht Brückner den Antrag zurück.

Unter großer Unruhe und immer steigendem Lärm begründet der Kommunist Degner, Magistratsbureaubilfsarbeiter, den Antrag seiner Fraktion: „Die Versammlung wolle beschließen, daß die

Neuschaffung von Beamtenstellen zu unterbleiben habe.

Die bisher auf Privatdienstvertrag Angestellten bleiben auch fernerhin in ihrem bisherigen Anstellungsverhältnis. Neueinstellungen sind nur auf Privatdienstvertrag vorzunehmen." Er geht von dem im Mai d. J. von der Landesversammlung beschlossenen Sperrgesetz aus, das von Berlin, noch mehr aber von den Vororten durch fortgesetzte Neuschaffung von Beamtenstellen verletzt worden sei. Der Allgemeinheit erwachse daraus ein ungeheurer Schaden. Stürme des Unwillens erregt der Redner bei der Rechten, als er für seine Behauptung, daß im Beamtenkörper der Stadt infolge der Bevorzugung der Militäranwärter

eine Parasitenwirtschaft

herrscht, daß eine Menge von auf Lebenszeit angestellten Schmarotzern trotz erwiesener Unfähigkeit dort ihr Leben friste und sich lediglich beim Kapp-Putsch als Helfershelfer der Kapp-Verbrecher eifrig betätigt hätte. Beweise anzuführen sich anschickt. Er behauptet, daß Oberstadtsekretäre, die bis zu 25 000 M. Gehalt beziehen, mit dem Kleben von Invalidenmarken oder mit Tätigkeiten befaßt werden, wie Ausfüllung von Formularen und dergleichen, die sonst mit höchstens 20 M. pro Tag entschädigt würden. Ausgerechnet einen früheren Strafanstaltsdirektor habe man statt eines Fachmannes zum Direktor des so wichtigen Anschaffungsamts gemacht; allerdings habe der Herr auch besondere Beziehungen als Mitglied des Aufsichtsrats einer bedeutenden Firma der Lederindustrie. (Lebhaftes Hört, hört!) — Der Redner empfiehlt dann unter fortdauerndem Getöse in der Versammlung, dessen Vorsteher-Stellvertreter Bruns vergeblich Herr zu werden sucht, auch einen Antrag, der nicht nur die Einsichtnahme in die Personalakten für die Beamten und Angestellten, sondern auch die Aushändigung der Akten an die Beamten usw. fordert. Seine Höhe erreicht der Tumult, als der Redner die Behauptung aufstellt, Stadtrat Berndt habe in der Aufstandswoche am 9. Januar 1919 die Stellung eines Automobils verlangt, und dieses sei nicht wieder zum Vorschein gekommen!

Die vom Stadtv. Degner aufgestellte Behauptung, daß der Bureaudirektor Buchholz den Magistratssekretär Engelke aus dem Stadtverordnetenbureau verdrängt habe,

weil er Sozialdemokrat sei,

wird vom Vorsteher Dr. Weyl als unzutreffend bezeichnet; Herr Engelke habe freiwillig seine Versetzung betrieben. — Stadtv. Herrmann (Soz.) gibt dagegen eine Darstellung des Sachverhalts, die im wesentlichen mit der des kommunistischen Redners sich deckt, und beruft sich dafür auf das Zeugnis des Bureaudirektors selbst. Stadtrat Poetzsch stellt richtig, daß mit den geheimen Personalakten seit dem 9. November 1918 die von dem Stadtv. Degner gerügte Praxis nicht mehr betrieben wird.

Stadtv. Paul Hirsch (Soz.) empfiehlt Ablehnung des Antrags der Kommunisten und Annahme eines Antrags, den Magistrat zu ersuchen, die Frage der Neuanstellung von Beamten zu prüfen und der Versammlung vom Ergebnis Mitteilung zu machen. Mit seinen

Uebertreibungen und Verallgemeinerungen

habe der kommunistische Redner seiner Sache nicht gedient. Nachdem indes diese Anklagen erhoben und Namen genannt seien, habe der Magistrat unverzüglich eine Untersuchung einzuleiten. Das Sperrgesetz sei unrichtig ausgelegt worden.

Kleinau (Dem.) nimmt sich der angegriffenen Beamtenschaft mit großer Lebhaftigkeit an. Die Demokraten werden für den Antrag Hirsch stimmen. — Noch lebhafter tritt Martin (D. Vp.) für die Verdienste der preußischen Beamtenschaft und für den altpreußischen Beamtengeist in die Schranken.

Berndt (Dnat. Vp.): Solche Töne, solche Schmähungen, wie sie Herr Degner hier ausgestoßen hat, sind ein trauriges Zeugnis für das Niveau, auf das diese Versammlung jetzt herabgezerrt wird. Die Beamtenschaft steht turmhoch über diesen Schmähungen, auf sie antworten, hieße, den Kommunisten zu viel Ehre antun.

Mit dem Vorwurf, Autoschieber zu sein,

befasse ich mich überhaupt nicht (Lärm bei den Kommunisten); ich habe das Auto benutzt, um von hier nach meiner Wohnung zu fahren, und dazu hatte ich das Recht. Auf der Rückfahrt von meiner Wohnung ist es von einigen Banditen angehalten, und es ist von diesen dem Chauffeur eine Bescheinigung ausgestellt worden mit der Unterschrift „Revolutionäres Arbeiterkomitee". (Große Bewegung und Aha!-Rufe rechts.) Der Antrag der Kommunisten ist direkt unsittlich und verwerflich; er hat lediglich einen agitatorischen Zweck, er bedeutet einen bewußten Vorstoß gegen das Berufsbeamtentum, das den Antragstellern ein Dorn im Auge ist. Auch wir werden dem Antrag Hirsch zustimmen.

Von den Kommunisten gehen zwei weitere Anträge ein, die die Einleitung von Untersuchungen über Riesenunterschlagungen auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof und über das Verschwinden der städtischen Personenautos fordern.

Leid (U. Soz.): Nicht die Beamtenschaft, wie die Rechte sagt, sondern die Arbeiterschaft in erster Linie hat Berlin im Kriege gerettet. — Die Erörterung wird durch Annahme eines Schlußantrags geschlossen.

Vorsteher Dr. Weyl teilt mit, daß der Bureaudirektor Buchholz nach der vorher erfolgten Auseinandersetzung eine Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt hat und den Stadtv. Herrmann wegen Beleidigung verklagen wird.

Das Schlußwort des Stadtv. Degner führt abermals zu

tumultarischen Auftritten,

als er über das Schicksal des Automobils sich weiter ausläßt und von dem Wüten der „weißen Horden", der „Weißgardisten" in jenen Tagen spricht. Das Automobil sei der Stadt durch die Schuld des Stadtrats Berndt geraubt und schließlich durch die Regierungstruppen verschoben worden.

Stadtv. Berndt erklärt, daß auch er gegen Degner wegen Beleidigung klagbar werden wird.

Stadtv. Herrmann sieht der Beleidigungsklage des Direktors Buchholz mit heiterer Ruhe entgegen.

Der Antrag Hirsch wird zunächst zur Abstimmung gestellt; das Ergebnis muß durch Auszählung ermittelt werden. Mit 94 gegen 78 Stimmen wird der Antrag angenommen. Die Anträge, für die Untersuchung der ungeheuren Unterschlagungen auf dem Viehhof und für die Automobilsache einen Ausschuß einzusetzen, gelangen zur Annahme.

Es ist inzwischen fast 9 Uhr geworden; der Antrag betr. Protest gegen die Nichtbestätigung des Oberstadtschulrats kommt heute nicht mehr zur Verhandlung.

Die im Etat vorgesehenen Unterstützungen an Säuglingsheime, Krippen, Kindergärten und -horte sollen nach einem Antrag der bürgerlichen Parteien für dieses Quartal sofort ausgezahlt werden, um die drohende Schließung dieser Anstalten zu verhindern. Die betr. Anstalten sollen sich der städtischen Kontrolle unterwerfen.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Antrag der Kommunisten auf Kommunalisierung der bestehenden Säuglingsheime und Kinderhorte und auf Schaffung städtischer Einrichtungen gleicher Art.

Den Minderbemittelten, besonders den Erwerbslosen und Rentenempfängern, soll insgesamt für drei Millionen Mark Brennholz und im Gesamtbetrage von fünf Millionen Mark eine

Weihnachtsbeihilfe

gewährt werden. Brückner (Soz.) befürwortet die Bewilligung, die auch auf die Veteranen von 1864, 1866 und 1870 auszudehnen wäre. Ostrowski (Komm.) regt an, die Erwerbslosen bezirksweise zu erfassen und ihnen und ihren Angehörigen das Existenzminimum zu gewähren.

Die Magistratsvorschläge werden einstimmig angenommen. Schluß 10 Uhr.

Das wär' etwas für Kinder armer Leute!

Weite Kreise der Bevölkerung leiden unter dem Mangel an Kleidung. Viele unbemittelte Familien hatten die Anschaffung neuer Kleidungsstücke immer wieder noch hinausgeschoben, weil sie vor den unerschwinglichen Preisen zurückschreckten. Aber schließlich hat alles mal ein Ende — und keinen Rock, keine Hose, kein Hemd und keinen Strumpf kann man bis in Ewigkeit wenden, flicken oder stopfen. Mit banger Sorge sehen die Mütter, wie von der Kleidung ihrer Kinder ein Stück nach dem andern zerfällt, so daß kein Stich mehr halten will. Und wie viele Kinder laufen schon fast in Lumpen umher und haben längst kein Hemd mehr auf dem Leibe!

In solcher Zeit des Mangels wird man es kaum glauben wollen, daß die staatliche Bildungsanstalt zu Lichterfelde, das ehemalige Kadettenhaus, noch sehr beträchtliche Mengen von Kleidung auf Lager hat. Für die Kadetten war ja in ihrer Anstalt immer im Ueberfluß vorhanden, was sie an Röcken, Hosen, Hemden, Stiefeln Strümpfen usw. brachten. Nach Umwandlung des Kadettenhauses in eine Bildungsstätte wurden die zur Uniform gehörenden Kleidungsstücke in Zivilkleidung umgearbeitet, und nun werden die gesamten Vorräte an Ober- und Unterkleidung, an Leibwäsche und Schuhwerk nach wie vor für die Anstaltsinsassen zur Verfügung gehalten. Diese müssen zwar dafür bezahlen, aber die Preise sind so bescheiden, daß arme Familien ihre Freude daran hätten, wenn man ihnen Kleidung so billig abgäbe. Die Preise für neue Kleidung sind zum Beispiel 115 M. für einen Rock, 33 M. für eine Hausjacke, 5 M. für eine Weste, 43 M. für ein Paar Hosen, 115 M. für einen Mantel, 15 M. für ein Hemd, 44 M. für ein Paar Stiefel, etwa 4 M. für ein Paar Strümpfe. Die Preise für getragene Kleidung, die noch sehr viel niedriger sind und je nach dem Grad der Abnutzung wechseln, gehen hinab zum Beispiel bis 67 M. für einen Rock, bis 1 M. für eine Weste, bis 7 M. für ein Paar Hosen, bis 23 M. für einen Mantel, bis 3 M. für ein Hemd, bis 9 M. für ein Paar Stiefel, bis 75 P. für ein Paar Strümpfe.

Wer möchte nicht zu diesen Preisen aus den Kleiderkammern des ehemaligen Kadettenhauses kaufen, um seine Kinder wieder

---

Das Licht der Heimat.

83] Von August Hinrichs.

Copyright by Quelle & Meyer, Leipzig.

(Schluß.)

Dann wanderte man vor den Kesseln entlang — gefesselten Ungetümen, deren gewölbte Stirnseiten wie drohende Köpfe aus einer Mauer sahen. In ihrem langgestreckten Leib, der fest unklammert in der schweren Masse des Ziegelbaues steckte, führten die Elemente ihren erbitterten Kampf. War es nicht, als hörte man hinter den runden Klappen das dumpfe Toben einer furchtbaren Kraft, welche die stählernen Wände spannte und die Nieten zu zerreißen drohte, um Stein und Eisen von sich zu schleudern und siegreich der zerrissenen Fesseln und des ohnmächtigen Menschengeistes zu spotten? Der vorsichtige Fied sah mißtrauisch auf die runden Nietenköpfe und die Kuppelungen der zischenden Dampfrohre, unwillkürlich trat er einen Schritt zurück.

Dierk warf einen prüfenden Blick auf den schwankenden Zeiger an dem kleinen weißen Zifferblatt, das vor jedem Kessel angebracht war, und nickte befriedigt. Die Kräfte waren berechnet, die Spannungen sorgsam gemessen, die ungeberdigen Mächte von Feuer und Wasser in sicheren Schranken verwahrt.

Eine schmale eiserne Treppe führte die Gesellschaft vom Kesselhaus hinauf in den großen Maschinensaal, der im hellsten Bogenlicht strahlte. Peinlich sauber blinkten die weißen Fliesen auf Boden und Wänden, wie poliert glänzten die blanken Messing- und Eisenteile der drei gewaltigen Maschinen, deren schwarze Leiber, hingekauert wie sprungbereite Panther, auf dem hellen Boden lagen.

Das gedämpfte Pfeifen der sausenden Turbinen unter dem dünnen Stahlmantel, das dumpfe Grollen der rasenden Dynamos, deren Kupfer blitzende Ringe schnitt, füllten den Raum. Hier war Arbeit in edelster Form, befreit von Schmutz und Schlacken in einer Sauberkeit, die kein Staubkorn mehr duldete, gesteigert ins höchste Maß einer jubelnden Kraft, die gleichsam spielend und mühelos in tosenden Kreisen stürmte — gelenkt und gebändigt vom Geist des Menschen.

Ein Griff am Schalter — und alles erstarb, ein unbeholfener Klotz toten Metalls lag reglos da. Ein neuer Griff, und es lebte — lebte und sang und schwang seine sausenden Wirbel im ehernen Lied der Arbeit.

Dierks Augen glänzten, in stiller Freude sah er auf Sommer, seinen getreuen Freund und Helfer, dessen feine Hand liebkosend über den blanken Stahl glitt. Dieser Augenblick bezahlte beiden die Arbeit mancher durchwachten Nacht.

Eine spiegelnde Glaswand schloß an einer Schmalseite des Maschinensaales einen Raum ab, dessen Rückseite eine weiße Marmortafel bildete. Ihre polierte Fläche war eingeteilt in Felder, deren jedes mit kleinen Zifferblättern, schwarzen Schaltern und runden Knöpfen geschmückt war, zwischen deren rote und grüne Lämpchen wie ein farbiges Spielzeug glühten. Hier war das Gehirn des ganzen Werkes, hier liefen alle Nervenbündel zusammen, hier mündete der Fluß, der in ununterbrochener Folge aus dem dunkeln Grund des Moores über Bagger und Schuppen, über Feuer und Kessel, Turbinen und Dynamos die lebendigen Kräfte zusammenzog. Von hier aus liefen die kupfernen Stränge in jenen verschlossenen Raum mit der warnenden Inschrift „Lebensgefahr", der immer angefüllt war von einem leisen, geheimnisvollen Summen, und in dem die Drähte, sorgsam durch Mauern getrennt, den von den Umformern zu schwindelnder Spannung gesteigerten Strom hinausführten bis in die höchste Spitze des Gebäudes, um ihn von dort aus weiterzusenden nach lärmenden Fabriken, geschäftigen Städten und stillen Dörfern, die seiner in Ungeduld harrten.

Dierk sah nach der Zeit — es war gerade sieben Uhr. Da gab er dem Maschinenmeister das langersehnte Zeichen, ein paar kleine farbige Lämpchen glühten an der Marmorwand auf — und der Kreis war geschlossen, Anfang und Ende aneinandergeknüpft, fern über Heide und Wald leuchtete das Licht aus dem Moor.

Während die Gäste sich unten um Sommer scharten, der ihnen die Wunder der Marmorwand erklärte, nahm Dierk leise die Hand seiner Mutter und führte sie hinauf auf die hohe Plattform des Hauses.

Da lag das dämmernde Land unter dem grauen Wolkenhimmel zu ihren Füßen, endlos weit und eben, still und dunkel.

Aber weit, weit in der Ferne glühten Lichter auf — einzelne Bauernhöfe und Dörfer, die am Rande des Moors lagen.

Er wies auf ein einzelnes Licht, das abgesondert von den übrigen, weit vorgeschoben, allein in der Einsamkeit schwamm.

„Mutter," sagte er, „sieh dort hin!"

Sie verstand ihn — sein Vaterhaus. Da war er geboren, von dort aus hatte er seinen Weg gefunden, aus dem Dunkel und der Stille heraus in die Welt und wieder zurück in die Heimat.

Lange sahen sie schweigend hinaus, immer noch hielt er ihre Hand gefaßt.

„Bist du zufrieden, Mutter?" fragte er endlich.

Da sah sie ihn mütterlich an: „Du bist stark gewesen, Dierk."

„Es war deine Stärke," unterbrach er sie.

Sie schüttelte den Kopf: „Jeder muß sich selbst durchs Leben ringen, und es ist gut, wenn einer stark ist. Aber man wird einsam dabei — darum sorge ich mich um dich." Sie streichelte seine Hand, wie sie es getan hatte, als er noch klein war.

„Warst du selbst nicht stark dein ganzes Leben hindurch?" fragte er.

Sie nickte: „Ja — aber ob es recht war? Vielleicht hätte alles anders sein können in meinem Leben, wenn ich nicht so hart und stolz gewesen wäre."

Da ahnte er dunkel, daß sie in ihrem Herzen etwas verschlossen gehalten hatte, von dem er nichts wußte, und sann still darüber nach. Sie aber fuhr fort: „Ein einziges Mal habe ich meinen Stolz bezwungen, und da habe ich gewonnen, was ich mit all meiner Kraft nicht erreichen konnte — den Frieden für mich und einen anderen — und für dich das Moor. Das mußte ich dir sagen, damit du mich verstehst. Es war mir sonst, als hätte ich eine Schuld gegen dich."

„Mutter, liebe Mutter," flüsterte er und wollte sie an sich ziehen. Aber sie drückte ihm lächelnd die Hand und ging rasch die Treppe hinab.

Er mochte ihr nicht folgen. Es war ihm unmöglich, jetzt mit seinem vollen Herzen unter Menschen zu treten. So blieb er und schaute still in die Dämmerung hinaus.

Er wußte, was sie meinte: nicht das Arbeiten und Schaffen allein füllte ein Leben — ein anderes mußte hinzukommen, um es hell und freundlich zu machen, eine reine und warme Liebe.

Und die leuchtete ihm entgegen aus einem Paar ruhiger Augen!

einmal einkleiden zu können! Aber all' der Kleidersegen, der da in der ehemaligen „Pflanzstätte für Offiziere" noch aufgestapelt liegt, ist nicht für Kinder armer Leute. Die früheren Kadetten, die Kinder reicher Junker sind es, für die man die staatliche Bildungsanstalt eingerichtet hat, damit sie ihr bißchen Kadettenbildung vervollständigen können. Und ihnen verkauft man nun auch die Kleidung zu Spottpreisen! Mit welchem „Recht" wird ihnen diese Vergünstigung gewährt?

Suche nach Schleichware.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft I des Landgerichts I haben gestern umfangreiche Haussuchungen bei Privatfirmen und Organisationen stattgefunden. Bei den Firmen Alwin Ochs in der Luisenstraße 31, Müller u. Braun, Landsberger Straße 92 sowie bei der Verteilungsstelle der Gastwirteinnung in der Alexanderstraße erschienen gestern etwa 60 Kriminalbeamte unter Führung des Kriminalkommissars Giese, um die Lebensmittellager und die Geschäftsbücher zu prüfen, da diese Firmen, wie die Staatsanwaltschaft vermutete, Schleichhandelsware an Berliner Hotels geliefert haben sollen. Die Geschäftsräume blieben in der Zeit von 11 bis 3 Uhr gesperrt, der Fernsprechverkehr wurde unterbunden, und sogar in den Privatwohnungen der Geschäftsleiter wurden Haussuchungen vorgenommen. Grund zu dieser Maßnahme gab die Tatsache, daß die genannten Firmen tatsächlich Lebensmittel an Berliner Hotels geliefert haben.

Die Geschäftsbücher der drei Firmen wurden durch Sachverständige an Ort und Stelle einer eingehenden Prüfung unterzogen. Beschlagnahmungen sind jedoch, wie eine Korrespondenz erfahren haben will, nicht erfolgt. Die Einsichtnahme in die Bücher ergab, daß diese vollkommen korrekt geführt waren und förderte auch kein belastendes Material gegen die Hotels zu Tage.

Weihnachtstöpfe.

Eine originelle Idee will die Heilsarmee zum Besten einer Armenbescherung in diesem Jahre zur Ausführung bringen. Sie hat die behördliche Genehmigung erhalten, auf einer Anzahl der belebtesten Plätze Berlins „Weihnachtstöpfe" aufzustellen, in die vom Publikum die Gaben gelegt werden sollen. Die Heilsarmee plant, an 500 besonders bedürftige Berliner Familien Weihnachtspakete zu verteilen und hofft durch diese neue Idee die notwendigen Gelder dafür aufbringen zu können. Mit der Aufstellung der Töpfe soll schon in den nächsten Tagen begonnen werden. Neben dieser Bescherung hat die Heilsarmee noch die Milchverteilung eingerichtet. 10000 Berliner Kinder erhalten allwöchentlich je eine Büchse gesüßte Vollrahmmilch. Es sind nicht nur bisher weit über 600 000 Büchsen verteilt, sondern neue Verteilungen von ungefähr 175 000 Büchsen sind in Berlin, Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Elberfeld, Barmen, Bielefeld und Hannover eingerichtet worden. Bis jetzt hat die Heilsarmee in Deutschland für ungefähr 14 Mill. Mk. Milch verteilt. Die letzte Gabe, die ihr zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt worden war, stammte aus Neu-Seeland.

Berlin im Weltkrieg.

„Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit" heißt ein Werk, das Ende des Jahres im Verlage von Trowitzsch u. Sohn, Berlin, erscheinen und die Geschichte der Verwaltung Berlins im Kriege und in der ersten Nachkriegszeit darstellen wird. Auf Grund amtlicher Quellen und Berichte ist darin die Lebensmittelversorgung in der Hauptsache Gegenstand der Darstellung. Aber auch die anderen städtischen Betriebe und Einrichtungen aus der Vorkriegszeit, denen der Krieg besonders schwere und neue Aufgaben stellte, werden behandelt. Das Werk knüpft an die seit 1910 nicht mehr erschienenen fünfjährigen großen Verwaltungsberichte und wendet sich ebenso an Volkswirtschaftler und Politiker wie an die Bürgerschaft von Berlin. Herausgeber des Werkes ist der Stadtarchivar Dr. Kaeber.

Ein gefährlicher Filmbrand beschäftigte gestern nachmittag die Berliner Feuerwehr in der Kochstr. 73. Dort war im vierten Stock des Quergebäudes im Kleberaum der Luna-Film-Gesellschaft eine Filmrolle, die einer Angestellten aus der Hand gefallen war, mit einer Glühlampe in Berührung gekommen, die den Film sofort in Flammen setzte. Die Bemühungen des Personals der Filmgesellschaft, den Brand, der inzwischen auf andere Films übergesprungen war, mit Handapparaten zu löschen, blieben erfolglos. Als die Feuerwehr, die auf die Meldung „Mittelfeuer" mit vier Löschzügen anrückte, an der Brandstelle eintraf, stand der gesamte Kleberaum in Flammen und das Feuer hatte bereits auf das darüber befindliche Dachgeschoß übergegriffen, in dem sich die Vorführungsräume der im gleichen Hause wohnenden Terra-Film-Gesellschaft befanden. Das Personal hatte sich inzwischen aus den bedrohten Räumen rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Dagegen war einem Klempner, der in den hinteren Räumen eine Reparatur ausführte, durch das Feuer der Rettungsweg abgeschnitten worden. Der durch die starke Verqualmung ohnmächtig gewordene Mann wurde von den Mannschaften der Feuerwehr in Sicherheit gebracht. Der Löschangriff, der über eine mechanische Leiter und die Treppen mit mehreren Schlauchleitungen erfolgte, konnte den Brand auf seinen Herd beschränken.

Eisbahn im Friedrichshain. Die Städtische Parkdeputation hat den großen Spielplatz im Friedrichshain für diesen Winter zum Betrieb einer Eisbahn vermietet und die Unternehmer verpflichtet, Gemeindeschülern und -schülerinnen unter Leitung von Lehrpersonen klassenweise mit genügendem Ausweise des Rektors das Schlittschuhlaufen wochentäglich bis 4 Uhr nachmittags unentgeltlich zu gestatten.

Seinen Verletzungen erlegen ist, wie mitgeteilt, der beim Brande der Krampenburg bei Schmöckwitz am Sonnabend verunglückte Gastwirt Robert Voigt.

Opfer der Arbeit. Tödlich verunglückt ist der 27 Jahre alte Klempner Adolf Aglaster aus der Goßlerstr. 16. Der Klempner war bei der Auerlicht-Gesellschaft in der Anklamer Straße 18 mit dem Schweißen eines Aetherfasses beschäftigt, als plötzlich eine Explosion entstand, durch die der Deckel des Fasses heraussprang und dem Manne so heftig gegen den Kopf flog, daß er einen Bluterguß in die Luftröhre erlitt, durch den der Tod auf der Stelle eintrat.

Bücherausstellung für Jugendschriften. In verschiedenen Schulen werden zurzeit Ausstellungen von guten Jugendschriften veranstaltet, deren Besuch Eltern und Erziehern sehr zu empfehlen ist. Hier findet man Bücher und Zeitschriften, Kalender, Bilderbücher usw. für Knaben und Mädchen, für große und kleine Schüler und Schülerinnen, die dem jugendlichen Geschmack Rechnung tragen, Herz und Verstand bilden und, ihrem Inhalt entsprechend, wesentlich zur Erziehung unserer jüngsten Generation beitragen. Man kann gar nicht nachdrücklich genug auf den günstigen Einfluß eines guten Lesestoffes auf unsere Kinder hinweisen, gerade in unserer bewegten Zeit wird ein sorgfältig gesichtetes Lesematerial zur geistigen Gesundung unseres Volkes, zum mindesten der kommenden Generation, nicht wenig beitragen. Man beachte hier auch die sehr umfassende Ausstellung von Jugendschriften in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 3.

Bezirksbildungsausschuß. Theater. Jeden Mittwoch und Sonnabend 3½ Uhr, Zentral-Theater, Alte Jakobstraße 31/32, Märchenoper „Firlefanz." Gutscheine a Mk. 2.— sind zu haben im Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin, Lindenstraße 3. Die Gutscheine werden an der Kasse gegen Platzkarten umgetauscht. Für die Aufführung „Rose Bernd" im Rose-Theater sind noch Karten für Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr und Montag, den 13. Dezember, 7½ Uhr, zum Preise von Mk. 3,30 einschließlich Garderobe und Theaterzettel im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, zu haben. — Beethoven-Konzert. Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Blüthnersaal, Lützowstraße 76, Beethoven-Konzert unter Leitung von Kapellmeister Dr. F. M. Gah. Mitwirkende: Solistin Asta Roosfelt und das Blüthnerorchester. Karten bei allen Abteilungskassierern, bei den Ortsbildungsausschüssen, bei Horsch, Engelufer 15 und an der Kasse. — Abonnements-Festkonzerte. Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), Weihnachtliche Musik, nachmittags 3½ Uhr, in der Alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße. Wir bitten unverzüglich die Marken einzulösen. Sozialistische Bildungsschule. Im Monat Januar u. F. werden 2 Vortragsreihen abgehalten. Arbeitsthema: — Geschichte der Arbeiterbewegung (Parlamentarische Geschichte, Tätigkeit der Partei im Landtag, Organisatorische Aufgaben während der Wahlbewegung). Jede Vortragsreihe umfaßt 4 Abende. Hörgebühr Mk. 3.—. Wir bitten recht bald schriftliche Bewerbungen zur Teilnahme an beiden Veranstaltungen an den Sekretär des Bildungsausschusses Albert Harlik, Lindenstraße 3, einzureichen. — Steglitz. Sonntag, den 12. Dezember, 8 Uhr, Weihnachtskonzert in der Lukaskirche. Mitwirkende: Prof. Walter Fischer (Orgel), Dr. Guttmann, der Dr. Guttmannsche Chor, Frau Gertrud Wolf, Fräulein Agnes Schulz, Herr Nikolas Lambinon, Dr. Paul St. Georg. Karten sind zu haben bei allen Parteifunktionären in Steglitz, im Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin, Lindenstraße 3, II. Hof IV.

Im Ausstellungssaal der Firma Rudolph Hertzog, Breitestraße, veranstaltet die Vereinigung zur Hebung der Spitzenindustrie eine sehr interessante Ausstellung. Sie zeigt uns, einen wie großen Aufschwung diese Industrie genommen hat. Infolge der gänzlichen Abgeschlossenheit vom Auslande, hat sie sich bemüht, die Güte der ausländischen Erzeugnisse zu erreichen, und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß sie nicht nur dem Auslande gewachsen ist, sondern in vielen Fällen dessen Erzeugnisse übertrifft. Die Aussteller hoffen, daß die schwerringende Vogtländische Spitzenindustrie weitgehend unterstützt wird.

Ausstellung für Schwerhörige. Vom 12. bis 14. Dezember findet in den Räumen des Vereins der Schwerhörigen „Hephata" E. V. (Wilde-Stiftung), Fasanenstr. 49, nahe Untergrundbahnhof Hohenzollerndamm, eine Ausstellung der neuesten Hörapparate und Hörrohre statt, an welcher sich alle namhaften Firmen Groß-Berlins beteiligen. Die Ausstellung ist täglich von 9—12 und von 2—6 Uhr, am Sonntag von 10—12 und von 3—5 Uhr geöffnet, der Besuch für jedermann frei.

Die Tragödie von Mechterstedt. Anläßlich des Zivilprozesses gegen die Marburger Studenten wird am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Straße 208 in Neukölln ein Vortragsabend des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer stattfinden. Henning-Duderstadt, der Verfasser der bekannten Anklageschrift gegen die Marburger Studenten, spricht über „Die Tragödie von Mechterstedt". Karl Vetter wird vorher über „Pazifisten- und Republikanerverfolgungen" sprechen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 10. Dezember:

Vertreter-Versammlung des 10. Kreises. 8 Uhr, Zehlendorf, Kaiserhof, Potsdamer Straße.

17. Abt. Die Bezirksführer können die bestellten Almanachs heute abend von 5 Uhr ab beim Abteilungskassierer Gen. Ben, Behmestraße 25 I, in Empfang nehmen.

23., 24. und 26., 28.—32. Abt. Männerchor, Prenzlauer Tor. ½8 Uhr, Uebungsstunde, Schönhauser Allee 130.

Jungsozialistische Vereinigung. Ortsgruppe Lichterfelde. 7½ Uhr, im Jugendheim, Albrechtstraße 14. Vortrag: „Karl Marx." — Ortsgruppe Süden. 7½ Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 3. Vortrag: „Freie oder Planwirtschaft." — Ortsgruppe Norden. 7½ Uhr, in der Schule, Putbuser Str. 8/6, Ecke Demminer Straße. Vortrag des Gen. Dr. Malkowsky. — Sonnabend 6 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Arbeitsausschußsitzung.

Morgen, 11. Dezember:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlin. Nachm. 5 Uhr, Stadthaus, Klosterstraße (Untergrundbahnhof Klosterstraße), Saal 245. Tagesordnung: 1. Elternbeiratsbewegung (Schröter). 2. Kinderhortfrage Groß-Berlin (Dablke). 3. Bericht der Lebenskunde-Kommission (Kreuziger) und Stellungnahme zu ihrem Entwurf. 4. Wünsche und Anregungen.

Kreis 7. Charlottenburg. 52. Abt. (früher 3. Gruppe). Funktionärsitzung, abends 7½ Uhr bei Bade, Kaiserin-Augusta-Allee 52.

Achtung, Betriebsräte der Stadtgemeinde Berlin!

Sonntag, den 12. ds. Mts., vorm. 9½ Uhr, findet in Kliems Festsälen, Hasenheide 13, eine außerordentlich wichtige Besprechung statt. Erscheinen aller Betriebsräte ist unbedingt erforderlich. Legitimation ist mitzubringen.

Achtung, Sänger! Wahlkreis Tiergarten. Die sangeskundigen Genossen Moabits werden eingeladen, sich am Sonntag, den 12., vorm. 10 Uhr, im Lokal von Müller, Birkenstraße 33, einzufinden. Sangesbrüder, die dafür Interesse haben, aber am Erscheinen verhindert sind, werden um Angabe ihrer Adresse an Gen. Thiele, Lübecker Straße 51, gebeten.

20. Abt. Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 4 Uhr und abends ¾7 Uhr: II. Gastspiel der Jugend-Volksbühne (Volksbühne E. V. Berlin) in der Schulaula Petersburger Str. 4: Lustige Fahrt ins Märchenland mit Knecht Ruprecht und der Weihnachtsfee. Bunte Lichtbilder. Erwachsene 1 M., Kinder 75 Pf. Karten bei Ritschke, Straßmannstr. 41; Dablke, Tilsiter Str. 55; Halbig, Frankfurter Allee 28; Seifert, Cadiner Str. 3; Rohnsdorf, Petersburger Str. 86; Hartmann, Eckertstr. 3; Ohlendorf, Petersburger Str. 27.

Wirtschaft

Die Ausfuhrabgabe.

Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung sieht sich veranlaßt, erneut auf die Bemessung der Ausfuhrabgabe hinzuweisen, da über den § 9 der Ausführungsbestimmungen zur der Verordnung über die Außenhandelskontrolle vom 20. Dezember 1919 immer noch Zweifel auftauchen. Mit der Ausfuhrabgabe soll nur der reine Warenwert belegt werden, der sich einschließlich der Kosten, die den Vertrieb der Waren betreffen (Reisespesen, Provisionen, Reklame usw.) und einschließlich der Verpackung ab Fabrik oder ab Lager ergibt. Ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die Ausfuhrabgabe selbst auf den ausländischen Kunden keinesfalls abzuwälzen ist, indem sie diesem besonders in Rechnung gestellt wird, denn die Ausfuhrabgabe soll nicht den ausländischen Bezieher belasten, sondern lediglich eine Beteiligung des Reichs an den Valutagewinnen der Exporteure darstellen.

Preissturz in Amerika.

New-Yorker Waren-Notierungen:

	15. Sept.	15. Okt.	15. Nov.	8. Dez.
Baumwolle	31,00	22,00	19,10	16,25
Kaffee	8,00	7,70	7,87½	7,00
Schmalz	20,81	20,80	20,92	16,00
Weizen (rot)	276,00	249,00	211,00	202,00
Zinn	45,00	40,00	36,00	35,25

Chikagoer Notierungen:

	15. Sept.	15. Okt.	15. Nov.	8. Dez.
Mais	132,87	123,75	74,75	71,50
Weizen	240,87	218,25	186,25	169,88

Der Preisabbau in England. Aus London wird gemeldet, daß die Preisbeschränkungen für die englische Kohlenausfuhr aufgehoben worden sind. Der augenscheinliche Grund hierfür ist der, daß Frankreich in letzter Zeit mit Kohleneinkäufen in England sehr zurückgehalten hat, da es von Deutschland in strikter Ausführung des Spa-Abkommens reichliche Kohlenlieferungen erhält. Bemerkenswert ist auch das starke Sinken der Warenpreise in England, während gleichzeitig in Deutschland die Preise immer höher klettern. Die Indexziffer der Großhandelspreise für November ist, wie bereits gemeldet, 257,7, d. h. 32,4 Punkte unter der des vorigen Monats. Die Baumwoll- und Wollpreise sind um 30 Proz., Metalle um 16—34 Proz. gefallen; auch die Lebensmittel sind billiger geworden.

Soziales.

Die „Riesen"-Löhne.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebung vom Februar 1920 zunächst für das Baugewerbe. Der vorliegende Sonderabdruck aus Band 293 der Statistik des Deutschen Reichs enthält die durchschnittlichen Stundenlöhne und Vierwochenverdienste aller typischen Berufsarten des Baugewerbes für 483 Orte des Deutschen Reiches. Erfaßt wurden 1002 Betriebe mit 53 975 Arbeitern und 3812 Angestellten, das sind 9 Proz. der Betriebe und 30 Proz. aller 1919 der Gewerbeaufsicht unterliegenden Bauarbeiter. Von sämtlichen bearbeiteten Fragekarten entfielen nur 1,57 v. H. auf weibliche Personen und nur 1,35 v. H. auf Stücklohnarbeiter. Der Anteil der Jugendlichen unter 18 Jahren war beim männlichen Geschlecht ganz unbedeutend (4,66 v. H.), beim weiblichen verhältnismäßig größer (18,35 v. H.), im ganzen aber auch gering.

Nach Ausscheidung aller Einzelfälle schwankt der durchschnittliche Stundenlohn der männlichen erwachsenen Arbeiter in den wichtigsten Berufsarten wie folgt:

Bauhilfsarbeiter von 125 Pf. in Nordenburg (Preußen), bis 439 Pf. in Solingen, Maurer von 160 Pf. in Eldagsen (Hannover) bis 450 Pf. in Solingen, Zimmerer von 160 Pf. in Fraustadt bis 438 Pf. in Krefeld. Um auch die verschiedene Dauer der Arbeitszeit einschließlich der Ueberstunden zu erfassen, wurden neben dem Stundenlohn auch die durchschnittlichen Arbeitsverdienste während der Erhebungswochen berechnet. Diese bewegen sich bei den Bauhilfsarbeitern zwischen 226 M. in Nordenburg und 790 M. in Velbert (Rheinland), bei den Maurern zwischen 285 M. in Frankenstein (Schlesien) und 827 M. in Waltrop (Kreis Recklinghausen), bei den Zimmerern zwischen 295 M. in Strohsdorf (Kreis Pyritz) und 800 M. in Hamborn. Der höchste und niedrigste Vierwochenverdienst entspricht also keineswegs immer dem höchsten und niedrigsten Stundenlohn, so daß bloß Zusammenstellungen der Stundenlöhne für eine Erkenntnis der tatsächlichen Lohnverhältnisse nicht ausreichen.

In den 21 deutschen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern schwankt der durchschnittliche Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter zwischen 260 Pf. in Breslau und 408 Pf. in Hamburg, der Maurer zwischen 324 Pf. in Hannover und 422 Pf. in Hamburg, der Zimmerer zwischen 283 Pf. in Nürnberg und 434 Pf. in Hamburg. Der niedrigste und **höchste durchschnittliche Vierwochenverdienst** ergibt sich bei den Bauhilfsarbeitern in München (478 M.) und Hamburg (734 M.), bei den Maurern in München (529 M.) und Hamburg (758 M.), bei den Zimmerern in Nürnberg (501 M.) und Essen (829 M.).

Gegenüber den Märchenerzählern von den Riesenlöhnen der „Müllkutscher" und Maurer wird diese Statistik wohl etwas dämpfend wirken.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband sozialistischer Lehrer. Sonnabend 7 Uhr im Rathaus, Zimmer 109, Arbeitssitzung. Thema: Pädagogische Grundanschauungen. Referent Gen. Jensen. Alle Elternräte sind herzlich eingeladen. — **Arb.-Radf.-Bund „Solidarität",** Ortsgr. Berlin, 2. Abt. Sonntag, den 12., mittags 1 Uhr: Johannisthal, Parkrestaurant. Freitag, den 10.: Generalversammlung im Leuchtturm, Fontanepromenade 18. — **Berliner Wanderklub e. V.** Geschäftsstelle Berlin 113, Schönfließer Str. 4. Sonntag, den 12.: Treffpunkt vorm. 8.45 Uhr vor dem Schlesischen Bahnhof, Ecke Koppenstr. Wanderung: Hoppegarten, Dahlwitz, Rahnsdorf, Rahnsdorfer Mühle, Friedrichshagen. Gäste willkommen. — **Oeffentliche Mieterversammlung.** In einer am Sonntag, den 12., vorm. 10 Uhr, im Neuen Gesellschaftshaus am Bahnhof Treptow stattfindenden Mieterversammlung wird über das Thema: Ist die Besetzung der Mieterbeisitzerposten für das Mieteinigungsamt durch Vertreter der politischen Parteien nach den bisherigen Erfahrungen auch für die Zukunft angebracht? öffentlich gesprochen und das Thema zur freien Aussprache gestellt. — **Eigenheim-Siedlung Amalienhof in Staaken.** Sonntag, den 12., vorm. 10 Uhr: Siedlerversammlung in der Kantine der Gartenstadt Staaken. Anschließend Besichtigung und Anweisung des Siedlungslandes.

Aus aller Welt.

Rekrutenschicksal.

Eine Interpellation unserer Genossen Jokl und Kaufmann an den tschechischen Minister für Verteidigung besagt, daß die anfangs Oktober erfolgte Einrückung der Rekruten ein **vollständiges Versagen** der Heeresverwaltung gezeigt hat. Obwohl die Militärbehörden ein halbes Jahr vorher wußten, daß 150 000 Rekruten einrücken werden, wurden **nicht die geringsten Vorbereitungen** für deren Empfang, Unterbringung, Verpflegung und klaglosen Durchführung der Transporte getroffen. Die Unterkünfte waren direkt **menschenunwürdig,** die Bekleidung fadenscheinige **Sommermontur,** die Verpflegung bestand vielfach aus einer ganz leeren Wassersuppe mit etwas Hülsenfrüchten. Die Soldaten bezeichneten das Essen direkt als **Schweinefutter.** Das Brot besteht aus Mais und Hafer. Die Rekruten sind gezwungen, sich im Schleichhandel Nahrungsmittel zu besorgen, wenn sie nicht verhungern wollen. Die Behandlung der Rekruten durch die Vorgesetzten erinnert an die schlimmsten Zeiten im früheren alten **Oesterreich.** Der gleich öde geistlose Drill, die gleiche Ueberhebung der Offiziere. Vielfach wird das Kommando in deutscher Sprache nicht erläutert, und besonders traurig ist das Schicksal der bei tschechischen Abteilungen eingeteilten deutschen Rekruten, die alle erdenklichen Schikanen ertragen müssen.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Die Besprechungen mit den beteiligten Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen wegen der Gründung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Die Eröffnung der Akademie ist für Ostern 1921 zu erwarten.

Sport.

Schachturnier. In der fünften Runde haben sich die Siegeschancen der einzelnen Bewerber etwas präzisiert. Am besten stehen Breyer und Bogoljubow, die gestern gegeneinander trafen, ohne daß es zur Entscheidung kam. Die Partie mußte in einer für Breyer vorteilhaften Stellung abgebrochen werden, doch besitzt der Russe noch einige Remischancen. Ein anderer ernster Anwärter auf den Siegespreis ist Tartakower, der gestern Leonhardt besiegte. Spielmann und Jädnisch machten remis, ebenso Maroczy und Mieses. Dr. Tarraschs Siegeschancen sind durch seine gestrige Partie gegen Réti stark beeinträchtigt worden; das Spiel mußte zwar wegen der vorgerückten Zeit abgebrochen werden, doch ist die Stellung des Nürnberger Meisters kaum haltbar.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin (Mitglied d. A.-T.- und Sp.-B.). Sonnabend: Männerausschuß-Sitzung bei Busch, Neukölln, Weserstraße 11. — Heute abend 7 Uhr: Oeffentl. Turnen der Ab-Jugend- und Knaben-Abt., Turnhalle, Schönfließer Str. 8. — **Freier Wanderbund.** Sonntag: Bernau, Rehsee, Plötzensee, Bernau. Abfahrt: Stettiner Vorortbahnhof 6,40 Uhr.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Im Küstengebiet größtenteils trocken und zeitweise aufklarend, im Binnenlande überwiegend trübe und leichte Schneefälle, im Norden strenger, im Süden mäßiger Frost.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin ✕ N. 54, Linienstr. 83—85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9½ Uhr

Versammlung

aller Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser und weiblichen Berufsangehörigen
in der **Brauerei Pfefferberg**, Schönhauser Allee 176/178.
Tagesordnung: 1. **Stellungnahme zur Urwahl der engeren Ortsverwaltung.** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Kollegen Zutritt zu der Versammlung haben, die im Mitgliedsbuch die Berufsänderung vorgenommen haben. Ohne Mitgliedsbuch unseres Verbandes kein Zutritt.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9½ Uhr

Versammlung

aller Transport- und Hilfsarbeiter
in der **Aula des Sophien-Lyzeums**, Weinmeisterstr. 16/17.
Tagesordnung: 1. **Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung.** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9½ Uhr

Versammlung

aller in der Eisenmöbel-, Schwarzblech- und Möbelschloßbranche Beschäftigten
im **„Englischen Garten"**, Alexanderstr. 27 b.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Urwahl der engeren Ortsverwaltung. Referenten werden in der Versammlung bekanntgegeben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr
Außerordentliche gemeinsame

Branchenversammlung

der Baurohrleger, Betriebsrohrleger und Helfer
im **„Gewerkschaftshaus"**, Engelufer 15 (großer Saal).
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr

Branchenversammlung

der Metall- und Revolverdreher sowie Dreherinnen
im **„Gewerkschaftshaus"**, Engelufer 15 (Saal 1).
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Urwahl der engeren Ortsverwaltung. Mit Referent und Korreferent. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9½ Uhr

Versammlung

der Kesselschmiede und Helfer sowie der dazu gehörenden Berufe
in **„Schulz' Prachtsälen"**, Königsgraben 2, am Alexanderplatz.
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr

Versammlung

der Hammer- und Pressenführer Groß-Berlins
bei **Doefer**, Weberstr. 17
Tagesordnung: 1. Unsere Lohnverhältnisse. 2. Diskussion.

Achtung! **Bauanschläger!** Achtung!
Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr

Monatsversammlung

im **„Gewerkschaftshaus"**. Engelufer 15 (Saal 3).
Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Wahl von 2 Revisoren für den Branchenfonds. 4. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9½ Uhr

Versammlung

der Metallformer und Berufsgenossen
im **Englischen Garten**, Alexanderstr. 27c.
Tagesordnung: 1. **Die Neuwahl unserer Ortsverwaltung.** 2. Diskussion.
Die Kollegen der Hütten- und Messingwerke, desgleichen die Zinkgießer werden ersucht, auch zu dieser Versammlung zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr

Außerordentliche Branchenversammlung

der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker
in den **Musikersälen**, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
Tagesordnung: 1 **Die Wege der Metallarbeiter im Klassenkampf.** Kollegen Ruch und Urich. 2. Diskussion. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr

Branchenversammlung

der Eisen-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Rundschleifer
im Saale der **Bötzowbrauerei**, Prenzlauer Allee 242
Fortsetzung der Tagesordnung vom 14. November: 1. **Die Dritte Internationale und die Gewerkschaften.** 2. Stellungnahme zur Urwahl der engeren Ortsverwaltung.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9½ Uhr

Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker und aller in den Betrieben beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen
in den **Andreassälen**, Andreasstr. 21
Tagesordnung 1. **Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern über die Lohnerhöhung.** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Wahl der engeren Ortsverwaltung.

Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 1 Uhr

Branchenversammlung

aller in den Eisenkonstruktions- sowie Fahrstuhl- und Signalbau-Betrieben beschäftigten Kollegen
in der **Aula des Sophien-Lyzeums**, Weinmeisterstr. 16/17.
Tagesordnung: 1. **Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung.** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Achtung! **Arbeitslose!** Achtung!

Branchenversammlung

für Werkzeugmacher u. Rundschleifer
am **Sonnabend, den 11. Dezember**, vormittags 11 Uhr
im **Sitzungssaal**, Linienstr. 83/85.
für Gürtler
am **Sonnabend, den 11. Dezember, nachmittags 1 Uhr**
im **Sitzungssaal**, Linienstr. 83/85.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9½ Uhr

Branchenversammlung

der Einrichter, Revisoren und Revisorinnen
in der **Schulaula**, Koppenplatz 12.
Tagesordnung: 1. **Stellungnahme zur Urwahl der engeren Ortsverwaltung.** 2. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr

Branchenversammlung

für alle im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Walzwerk-, Blei-, Drahtkabel-, Papierrohr-Arbeiter und Arbeiterinnen
in **Schulz' Festsälen**, Königsgraben 2, am Alexanderplatz.
Tagesordnung: 1. **Stellungnahme zur Wahl der Ortsverwaltung.** 2. Branchenangelegenheiten.

Auf Beschluß der Generalversammlung müssen in allen Versammlungen, die zur Politik unserer Gewerkschaft Stellung nehmen, alle Richtungen zu Worte kommen.

139/17 **Die Ortsverwaltung.**

Großer Verkauf billiger Herrenkleidung

Morgenjoppen 242.— 212.— **158.—** Schalfasson und hoch zu schließen	**Schlafröcke** 354.— 298.— **212.—** aus gediegenen Stoffen
Farb. Westen 150.— 118.50 96.— **65.—** schöne Muster	**Gestr. Hosen** 255.— 118.— 98.— **70.—** moderne Kammgarne u. gestr. Cheviots
Winterjoppen 330.— 170.— **95.—** warm gefüttert	**Aermelwesten** 56.— **45.—** wasserdicht, warm gefüttert
Knaben-Anzüge 110.— 75.- 58.- **47⁵⁰** in versch. Fassons, halib. Stoffe	**Knaben-Ulster** 240.- 118.- 88.- **67.—** gute Stoffe, moderner Schnitt
Jüngl.-Anzüge 320.— 250.— **190.—** schön gemusterte Stoffe	**Jüngl.-Ulster** 165.- 210.- **139.—** elegante Form

Spezial-Abteilung für Maßanfertigung

Herren-Sacco-Anzüge 1025.— 870.— 698.— 485.— **320.—**
Herren-Ulster . . . . . 1050.— 850.— 650.— 428.— **180.—**
Raglans, Schlüpfer, Gehrockpaletots, Sportpelze, Gehpelze

Carl Schulze & Co. ✶ Fabisch & Co.

Brückenstr. 11 Ecke Rungestr. — Schöneberg: Hauptstr. 10 Ecke Vorbergstr. — Gr. Frankfurter Str. 20 Ecke Koppenstr. — Rosenthaler Straße 3 Ecke Linienstr.

Am Montag, den 6. Dezember 1920, nachmittags 3½ Uhr, entschlief nach langem schwerem Leiden meine einzige, innig geliebte Tochter

Ella Fiedler

im 28. Lebensjahre.
Dies zeigt, um stilles Beileid bittend, an der tiefbetrübte Vater
Bruno Fiedler.
Neukölln, den 8. 12. 1920. Weichselstr. 8, Aufg. 16.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Dezember, nachm. 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 2906b

---

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme unserer so früh heimgegangenen Tochter sagen wir allen Bekannten und Freunden innigen Dank; auch Herrn Pfarrer Schmidt für seine trostreichen Worte. 5921

Heinrich Kuhn und **Frau.**
Franziska geb. **Barginda.**
Paul Kuhn und **Frau.**
Johanna geb. **Hand.**
Rudolf Leidolf, Bräutigam.

Berlin, 10 Dezember 1920. Cöpenicker Str. 129.

Bezirksverband Groß-Berlin der S.P.D.
Neukölln.
90. Abteilung, 18. Bezirk.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unsere Genossin

Ella Fiedler

nach langem Krankenlager verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag 1½ Uhr auf dem Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg statt. — Rege Beteiligung erwartet
Der Abteilungsvorstand.

Allg. Ortskrankenkasse Neukölln.
Am Montag, den 6. Dezember d. J. verschied nach langem schweren Leiden die Angestellte unserer Kasse
Fräulein **Ella Fiedler**
im 28. Lebensjahre.
Fräulein Fiedler hat während ihrer mehrjährigen Tätigkeit in unserer Verwaltung stets ihr bestes Können eingesetzt und hat sich in allen Abteilungen durch ihren Fleiß und ihre ernste Pflichttreue, ihr freundliches und höfliches Wesen viele Freunde erworben. Sie war eine unserer angenehmsten Mitarbeiterinnen, die wir sehr schwer vermissen werden.
Wir werden ihr deshalb ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag um ½2 Uhr von der Halle des städtischen Gemeindefriedhofes Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Der Kassenvorstand.
A. Heese, II. Vorsitzender.

Spezialarzt
f. Syphilis, Harn-, Frauenleid, Schwäche, Beinkranke Behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. in Dr. Homeyer & Co. konz. Lab. Blutuntersuch. Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Spr. 10-1, 5-8. Sonnt. 10-1 Teilzahl. **Separ. Damenzim.**

Bäckereigenossenschaft „Volksbrot"
Eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Am **Sonntag, den 19. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr, bei Abraham (Genossenschaftswirtshaus) Nordufer 10:**
20. ordentliche General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Jahresrechnung u. Geschäftsbericht 1919/20.
2. Beschlußfassung über die Bilanz 1919/20 u. Entlastung.
3. Ergänzung des Aufsichtsrats.
4. Festsetzung des Gesamtbetrages, den Anleihen der Genossenschaft nicht überschreiten sollen. 154/18

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung können in der Geschäftsstelle, Fehmarnstr. 10, eingesehen werden.
Bäckereigen. „Volksbrot" E. G. m. b. H.
Otto Korn. Beuster. Retusch.

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.
Zu der am **Dienstag, den 21. Dezember 1920**, abends 6 Uhr, im **Holzarbeiter-Verbandshaus, Rungestr. 30**, Hof part. links im Sitzungssaal stattfindenden
ordentlichen Ausschußsitzung
werden die Vertreter der Innung und der Kassenmitglieder hierdurch eingeladen.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes
2. Beschlußfassung über den vom Vorstand aufgestellten Voranschlag für das Jahr 1921.
3. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1920.
4. Beschlußfassung über die Abänderung der Dienstordnung und des Regulativs der Beamten.
5. Verschiedenes. 151/12

Der Vorstand.
Otto Gronau, Vorsitzender.

Mehl-Mühlen für Hand- und Kraftbetrieb, Kreissägen, Dezimalwagen ab Lager.
Ing. Art. Martiensen, Berlin W 30. Schwäbische Straße 5.
Lützow 5046. 1290

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.
Ordentliche Ausschußsitzung
am **Montag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr**, im **„Türkischen Zelt"**, **Berlin-Pankow**, Breitestraße 14.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Beratung des Voranschlages für 1921.
3. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung.
4. Bericht über die Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen in Kassel.
5. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden um pünktliches Erscheinen gebeten.
Ein Ausweis wird denselben noch zugesandt.
Der Vorstand. 151/13
Herm. Lüdecke, Vorsitzender.

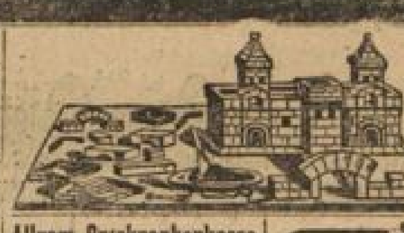
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Geschlechtsleid. v. Männ. u. Frauen. Blutunters.
Invalidenstraße 35, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. Wochentäglich 11-1, ½5-½7.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.**

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Britz.
Freitag, den 17. Dezember, abends 7½ Uhr, bei Otto Küppen, Wilhelmstr. 1.
ordentliche Ausschußsitzung,
zu der die Herren Vertreter hiermit eingeladen werden.
Tagesordnung:
1. Wahl eines Rechnungsprüfungsausschusses f. 1920.
2. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921.
3. Bericht vom Krankenkassentag. 151/14
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
R. Kraatz, 1. Vorsitzender.

Trauringe
Dukatengold 900 gestemp.
M. 180.—,
14 k. Gold 585 gestempelt
8 k. Gold 333
stets vorrätig am Lager
Einkauf von
Gold
Silber
Brillanten
Zahle die höchsten Preise
MINOGA
Grüner Weg 69
Telephon: Alex. 2430.
Filiale:
Schönhauser Allee 89
Telephon Humboldt 1537



Neues Bauspiel!
Bausteine selbst herzustellen, kompl. mit Formen, Kelle, Stecher, gr. Vorrat, Masse in rot u. weiß 35 M. Weitere Masse rot u. weiß je 3 M. Gr. Auswahl in Puppen, Gesellschaftsspielen, Spielwaren jed. Art zu vorjährigen billigen Preisen.
A. Maas & Co., Markgrafenstr. 84, von der Lindenstraße 3. Haus.

Schwerhörige!
Die neuesten und besten
Hörapparate und Hörrohre
der Deutschen Akustik-Gesellschaft, des Hörapparate-Vertriebs, der Hörgut-Gesellschaft, Privat-Telephon-Gesellschaft, Siemens & Halske A.-G. und der Firma H. Windler werden in einer
Weihnachts-Ausstellung
in der **Fasanenstr. 49**, Garths. pt.
am **12., 13.** und **14.** Dezember
zur Besichtigung und Erprobung ausgestellt werden.
Eintritt frei! — **Geöffnet:** Sonntag 10—12 und 2—5, wochent. 9—12 und 2—6
Verein der Schwerhörigen „Hephata" E. V.

Die Weihnachts-Jagden beginnen!

O. Elsholz, Hubertushaus, Neanderstr. 2

Große starke Waldhasen
Hasenrücken, Hasenkeulen, gespickte Hasen, Rehrücken, Rehkeulen, große Rehblätter.
Prima Fett-Gänse u. Gänserümpfe.
Gänsefleisch, Pfd. 12 M. Gänseklein.
Gänsekeulen, St. 10,80 u. 12,60 M. Gänseschmalz
Ia. Gänsefett u. Gänsebrüste, Pfd. 22 M.
Ia Gänse-Räucherbrüste, Pfd. 28 M.
Fette Suppenhühner, junge Hühner, Puten, Tauben.

Räumungs-Verkauf
Damenmäntel, Kostüme und Röcke
weit unter dem Herstellungspreis.
Einzelverkauf direkt von der Fabrik.
An beiden Sonntagen vor dem Fest geöffnet von 10—6 Uhr.
Vorzeiger dieser Annonce erhält 5 Proz. Rabatt.
Genossenschaft der Schneidermeister Deutschlands 2905*
Alte Leipziger Straße 10, II. Etage.

Dynamodraht in Baumwolle, Seide und Emaille kauft jeden Posten
Elektrobureau, Grüner Weg 100.

Möbelfabrik Rob. Seelisch,

Berlin O, Rigaer Str. 71-73 a, 3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
Gegründet 1876

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet!
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

empfiehlt
3-Zimmer-Einrichtung mit Küche

Schlafzimmer, echt Eiche — **4165 Mark**
1 Schrank mit Fac.-Spiegel
2 Bettstellen
1 Waschtoil. m. Fac.-Spiegel und echt Marmor
2 Nachttische m. echt. Marm.
2 Patentmatratzen

Speisezimmer echt Eiche — **5550 Mark**
1 Büfett
1 Anrichte
1 Tisch
6 Stühle mit echt Leder

Herrenzimmer, echt Eiche — **4770 Mark**
1 Bibliothek, 1 Diplomat,
1 Tisch, 1 Schreibsessel mit echtem Leder
2 Stühle mit echtem Leder

Küche, weiss lackiert — **500 Mark**
1 Büfett, 1 Rahmen
1 Tisch, 2 Stühle
1 Kohlenkasten
1 Handtuchhalter

Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. — Nehme Kriegsanleihe in Zahlung.

DIE HELIOS-KLASSIKER

vereinigen innere und äußere Gediegenheit mit größter Wohlfeilheit. — „Sie sind die billigsten und entschieden auch mit die schönsten Klassiker, die auf dem Markt sind. Man sagt nicht zuviel, wenn man die Hervorbringung dieser Ausgaben mit dem in den Kritiken abgehetzten, aber hier wie nur noch in wenigen Fällen angebrachten Wort Kulturtat bezeichnet.“ Erschienen sind u. a.:

Anzengrubers W. Halbl. 4 Bde. Mk. 60.—
— — Halbfranz. 4 Bde. . Mk. 180.—
Börnes gesammelte Schriften.
Geb. 3 Bde. . . . . Mk. 43.20
Chamissos Werke. Geb. 2 Bde. Mk. 28.80
— — Halbfranz. 2 Bde. . Mk. 90.—
Gaudys ausgewählte Werke.
Geb. 2 Bde. . . . . . Mk. 28.80

Goethes Werke. Halbl. 4 Hpfb. Mk. 72.—
— — Ergänzungsbd. 5—8.
Halbleinen . . . . . je Mk. 18.—
Hauffs Werke. Halbleinen.
2 Bde. . . . . Mk. 36.—
— — Halbfranz. 2 Bde. . Mk. 90.—
Kleists Werke. Geb. 1 Bd. Mk. 14.40
— — Halbleinen. 1 Bd. . Mk. 18.—

Kleists Werke. Halbfranz. 1 Bd. Mk. 48.—
Körners Werke. Halblein. 1 Bd. Mk. 18.—
— — Halbfranz. 1 Bd. . . Mk. 48.—
Lenaus Werke. Geb. 1 Bd. Mk. 14.40
— — Halbleinen. 1 Bd. . Mk. 18.—
— — Halbfranz. 1 Bd. . . Mk. 48.—
Miltons poet. Werke. Geb. 1 Bd. Mk. 14.40
Molières Werke. Geb. 2 Bde Mk. 28.80

Rückerts ausgew. W. Gb. 3 Bd. Mk. 43.20
Scheffels W. Halblein. 3 Bde. Mk. 54.—
— — Halbfranz. 3 Bde. . Mk. 144.—
Schillers Werke. Halbleinen.
4 Hauptbände . . . . Mk. 72.—
— — Band 1—6 . . . . Mk. 108.—
— — Halbfranz. 4 Hauptbde. Mk. 180.—
Shakespeares Werke. Hlb. 4 B. Mk. 72.—

Bücher der Welt-Literatur in Liebhaber-Ausgaben:

Arnim, Goethes Briefwechsel mit einem Kinde . . . . . Mk. 18.—
Balzac, Die Frau von 30 Jahren Mk. 12.—
Bierbaum, Reife Früchte . Mk. 10.20
Björnson, Das Fischermädchen Mk. 10.20
Bugge, Strahlungser scheinungen Mk. 10.20
Cervantes, Don Quichote. Bd. 1 Mk. 18.—
— — Bd. 2 . . . . Mk. 18.—
Eichendorff, Leben e. Taugenichts Mk. 8.10
— Das Marmorbild . . . Mk. 8.10
Faraday, Naturgesch. einer Kerze Mk. 10.20
Feuchtersleben, Diätetik d. Seele Mk. 10.20

Fichte, Reden a. d. deutsche Nation Mk. 12.—
Geigel, Die Wärme. . . . Mk. 12.—
Goethe, Faust (komplett) . . Mk. 12.—
Goethes Briefe an Frau v. Stein Mk. 21.60
Gottschall, Deutsche Lyrik . . Mk. 16.20
Haeckel, Das Süßwasser d. Erde Mk. 12.—
Hauff, Lichtenstein . . . . Mk. 14.40
— Märchen . . . . . . Mk. 14.40
Hebbel, Gedichte . . . . . Mk. 16.20
Heine, Harzreise . . . . . Mk. 8.10
Heyse, Zwei Gefangene . . Mk. 8.10
Jensen, Hunnenblut . . . . Mk. 8.10

Kant, Kritik der reinen Vernunft Mk. 21.60
Kügelgen, Jugenderinnerungen Mk. 18.—
Lenau, Gedichte . . . . . Mk. 16.20
Loti, Die Islandfischer . . Mk. 10.20
Ludwig, Heiterethei . . . . Mk. 14.40
Montesquieu, Persische Briefe Mk. 14.40
Ostwald, Farbenlehre . . . Mk. 14.40
Reuter, Dorchläuchting . . . Mk. 12.—
Rodenbach, Eiche am Kreuzweg Mk. 10.20
Scheffel, Ekkehard . . . . Mk. 18.—
Schwegler, Gesch. d. Philosophie Mk. 16.20
Sienkiewicz, Quo vadis? . . Mk. 23.40

Smiles, Selbsthilfe . . . . . Mk. 12.—
— Der Charakter . . . . . Mk. 12.—
Storm, Immensee . . . . . Mk. 8.10
Tegnér, Frithjofsage . . . . Mk. 10.20
Tennyson, Königsidyllen und Enoch Arden (zus. in 1 Band) Mk. 12.—
Tolstoi, Chadshi Murat . . Mk. 10.20
Voß, Goethe u. Schiller i. Briefen Mk. 10.20
Wilde, Bildnis des Dorian Grey Mk. 12.—
Wiseman, Fabiola . . . . . Mk. 18.—
Wundt, Psychologie und Ethik Mk. 10.20
Zola, Der Sturm auf die Mühle Mk. 10.20

Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstr. 2.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Ritter Blaubart. 7 Uhr.

Schauspielhaus. Außer Abonnement, 6½ Uhr zum 250. Male: **Peer Gynt.**

Deutsches Theater. Freitag 7 Uhr: Der Arzt am Scheideweg. Sonnabend 7: Don Carlos.

Kammerspiele. Freitag 7: Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag. Sbd.: Deutsche Kleinstädter.

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) Frt.: Jedermann (23.4., 2. Ab.) Sbd.: Danton (auß. Abonn.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße ½8 Uhr: **Frau Margit.** (Kitty Aschenbach, Hartau, Riemann, Richard, Mendes.) Sonnabend: Rausch. Sonntag: Rausch. Sonntag nachm.: Erdgeist.

Komödienhaus ½8 Uhr: Die **Sache mit Lola** mit Max Pallenberg. (Josefine Dora a. G., Ortrud Wagner, Picha, Haskel, Steeda Kiper.) Stg. nachm.: Der Biberpelz.

Berliner Theater Allabendlich 7 Uhr: **Die spanische Nachtigall** mit **Fritzi Massary** Erik Wirl, H. Wassmann, Emmy Sturm, Julius Brandt, Olga Engl. Stg. nachm.: D. letzte Walzer.

Residenz-Theater. Täglich 7½ Uhr: **Lady Windermeres Fächer** Hansi Arnstädt, Adele Sandrock, Carola Toelle, Arnold Korff, Jul. Falkenstein, Herm. Vallentin. Sonnabend 4, kleine Preise: **Aschenbrödel.**

Rose-Theater 7½ Uhr: **Der Erbförster.**

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7 Uhr: **Kabale u. Liebe**

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7½ Uhr: **Amphitryo.** Sonnabend 7½: Flamme. Sonntag 7½: Amphitryo. Montag 7½: Flamme.

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise** mit Max Adalbert und Trude Hesterberg. Sonnabend 3: zum 1. Male: **Fitzlifitz, der Himmelsschneider.**

Trianon-Theater. Täglich 7½ Uhr: **Kammermusik.** Lustspiel von H. Ilgenstein. Carl Clewing, Eugen Burg, Olga Limburg, H. Albers, Adele Hartwig, Luise Werkmeister. Sonnabend 4 U., kleine Preise: **Hänsel und Gretel.**

Passage-Theater Unter den Linden 22/23 Dir.: M. Sollmann
2 Uraufführungen 2
Der schwarz. Graf. Der größte sensat. Abenteuer-Film in 6 Akten. In den Hauptrollen: Hermann Vallentin, Maria Merloff, Eva Sellin, Alfr. Abel.
Foxtrotthimmel. Lustspiel in 2 Akten. In der Hauptrolle: Albert Pomlig.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8: Der neue Schlager: **Der Fehltritt einer Frau.** Volksstück in 4 Bildern. Vorher: Theaterliebe. Operett.-Sketsch m. V. Litzek. Sonnabend 3½: Cousin Emil.

Königstadt-Theater Bahnhof Jannowitzbrücke Tägl. 7.30 Gala-Sänger. Im Ballsaal TANZ.

Central-Theater 7½ **Frau Bärbel** (Operette)
Deutsches Opernhaus 7 Uhr: **Tosca.**
Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ U.: **Hoheit die Tänzerin.**
Kleines Theater. 7½ U.: **Griselda.**
Kl. Schauspielhaus. 7½ Uhr: **Ehelei.**
Komische Oper 7½ Uhr: **Liebe im Schnee.**
Lustspielhaus 7½ Uhr: Arnold Rieck in Die schwebende Jungfrau
Metropol-Theater. 7 U.: **Hollandweibchen**
Neues Operettenhaus 7¾ U.: **Die Csikósbaroness**
Neues Volkstheater 7½ Uhr: **Jugend.**
Schiller-Theat. Charl. 7 Uhr: **Don Carlos.**
Thalia-Theater Gastspiel Hansi Niese 7½: Botschafterin Leni.
Th. am Nollendorfplatz 3¾ Uhr: Emilia Galotti. 7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**
Theater des Westens 7½ U.: **Der ersten Liebe gold. Zeit** Sbd. 3½: Schneew. u. Rosenrot
Th. i. d. Kommandantenstr. 7½ U.: **Der verjüngte Adolar**
Wallner-Theater 7¾ U.: **Der Geiger von Lugano.**
Walhalla-Theater 7½ U. **Rastelbinder.**

½8 Uhr: **Folies Caprice** **Sanatorium Steinach** Der gehörnte Siegfried mit Ferd. Grünecker.

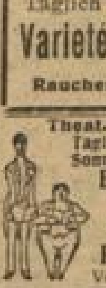
Schall und Rauch im Großen Schauspielhaus Dir. Hans v. Wolzogen. Trude Hesterberg a. G. Gregor Ratoff, Walter Mehring, Lia Manza, Paul Graetz, Lala Herdmenger, Desider Zádor u. a. Konz. 7¼ U., Beginn 8¼ U.

Concordia-Palast-Theater 64 Andreasstraße 64. Filmschau: **Die Tarantel** Auf der Bühne: Gustav Schuppel, Hilla und Bert, Viebig Trio, Kitty Bergen

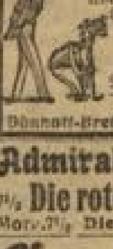
APOLLO- 7½ U. Theater 7½ U. Dir.: James Klein. Auslands-Sensationen. Kapitän Nansen mit seinen See-Löwen. Albus Kopirutsch durch den Zuschauerraum. Rasendes Reck Sensations-Fahrt. Backpfeifen-Tänze und weitere Sensationen. Sonntag 3½ jeder Erwachsene 1 Kind frei

METROPOL Behrenstraße 54. Anfang präzis 7½ Uhr. Riesen-Weihnachts-Spielplan.

Winter-Garten Täglich 7.15 Uhr: **Varieté-Spielplan** Rauchen gestattet!



Theat. a. Kottbus. Tor Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.: **Elite-Sänger.** Das große **Weihnachts-Programm!** Vorv. 11—1½, 4 Uhr



Reichshall.-Theater Abends 7½ und Sonntag Nm. 3 **Stettiner Sänger.** Nm. halbe Preise. Variété-Dönhoff-Brettl. Anf. 6½, So. 5

Admirals-Palast 7½ **Die roten Schuhe.** Morg. 7½ Die roten Schuhe

Circus Busch Tägl. 7.15, Mtw., Stg. a. 3 U. Nur noch wenige Tage **Mazeppa — 25 Löwen.** Marino, das Autoposter u. Stosch-Sarrasani. Vorv.: Tietz, Circuskasse

Bevorzugte Gaststätten Berlins sind die
Tonndorf-Betriebe
Bd. Arno Tonndorf

Linden-Restaurant Eingänge: Unt. d. Lind. 44 Friedrichstr. 87. Allseitig gerühmter Mittags- und Abendtisch. — Pilsner Urquell — Spatenbier. Wein-Abteilung. Mittag- u. Abendmusik.

Tonndorf „Extra“ Eingänge Mittelstraße 60 und Linden-Restaurant. Feinkost-Büfett mit Delik. Spezialitäten für Frühstück, Mittag und Abend. Fleisch vom Rost. In- u. ausl. Biere — Erstklassige Weine — Abends Künstlerkapelle

Tonndorf Unter den Linden 56 **Kaffee-Diele.** Kaffee u. Kuchen zubereitet nach Karlsb. Art. Tdds. erstrang. Wein-Restaurat.-Betrieb. Bar. Zwei Kapellen

Grundsatz: Schnelligkeit in der Bedienung u. hervorragende Qualität des Gebotenen bei minimalen Preisen.

Nr. **695 Winkelspitze** Federn HEINTZE & BLANCKERTZ FABRIK — BERLIN

Zu haben bei:
Jul. Rosenthal, W 8, Behrenstr. 30
A. Rosen, W 8, Behrenstraße 34
H. Schulze Nachf., W 8, Behrenstr. 28

Kupfer, Messing Rotguß, Zink, Blei, Zinn, Quecksilber. Geschirrzinn, Lagermetalle kauft zu Tagespreisen. **Fr. Neumann jr.,** Invalidenstr. 109, Hof. Nord. 10502. Bestes Absatzgebiet für Fabrikanten und Händler

B T L Potsdamer Str. 38 Turmstr. 12 **Der Golem** wie er in die Welt kam mit Paul Wegener. Alexanderpl.-Passage **Lotte Neumann** in Eines großen Mannes Liebe. Friedenau, Rheinstr. 14 **Fern Andra** in Die Nacht d. Königin Isabeau.

Glühlampen und **Installations-Material** z. kaufen gesucht. Ing.-Bureau Jul. Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 3705 u. 8518

Ueber **1000 Atteste** bestät. die heils. Wirk. v. San.-Rat Dr. Strahls **Haussalbe** b. Hausausschl., Flechten, Bein- und Krampfadergeschwür., Frostschäd., Hämorrhoiden. Orig.-Dos. zu M. 6.25 u. 12.— Elefanten-Apotheke. Berlin SW. 213, Leipziger Straße 74 Dönhoffplatz

Entfettungs-Tabletten
Marke „Sibala“ das erfolgreichste und unschädlichste Mittel gegen Fettsucht. **Ohne Diätzwang.** Gewichtsabnahme bei ausgezeichnetem Wohlbefinden. **Pelikan-Apotheke,** Berlin, Leipzigerstr. 63 an der Charlottenstr. Zentrum 7159.

Pferde-Decken
prima Lennendrell, warm gefüttert, wenig gebraucht und neu liefert sehr preiswert **K. Dümling,** Berlin, Potsdamer Straße 75c. Lützow 6060.

MÖBEL
Bedeutend herabgesetzte Preise **gegen bar oder Teilzahlung.** Kleinste An- und Abzahlung. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel. Liefere auch nach auswärts. **Landwehr,** Müllerstraße 7 (Wedding-Pl.)

selben bereit, den verheirateten Beamten einen Zuschuß von 200 M. auf das erhöhte Kindergeld auszahlen zu lassen. Darüber hinauszugehen, sei er nicht befugt. Die Verhandlungen wurden hierauf als zwecklos abgebrochen.

Anschließend an die Verhandlungen mit dem Eisenbahndirektionspräsidenten sandte der Beamtenrat des Direktionsbezirks Essen an den Reichsfinanzminister, den Verkehrsminister und an den Reichstag folgendes Telegramm: „Nach vielstündigen Verhandlungen des Bezirksbeamtenrats mit dem Eisenbahndirektionspräsidenten über sofortige Auszahlung eines Vorschusses von 500 M. und 1000 M. sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Direktion erklärte sich bereit, 200 M. auf die erhöhte Kinderzulage zu zahlen, was jedoch von 70 Vertretern von 80 000 Beamten als nicht ausreichend angesehen wird. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist aus Ernährungsschwierigkeiten gefährdet, die Verantwortung für diese Folge lehnt der Beamtenrat ab."

Die Düsseldorfer Postbeamten für den Streik.

Bei der Abstimmung über den etwaigen Eintritt in den Streik hat sich die Mehrheit der Post- und Fernsprechbeamten für den Streik erklärt. Es wurden 2200 Stimmen für den Streik, 856 dagegen und 86 ungültige Stimme abgegeben. Die Beamten wollen nach ihrer Erklärung den Beschluß dann ausführen, wenn sie einem weiteren ablehnenden Verhalten der Reichsregierung gegenüber ihren Forderungen begegnen.

Deutsche Note über die Einwohnerwehr.

W.T.B. verbreitet in später Stunde einen umfangreichen Auszug aus der deutschen Note über die Einwohnerwehren und den Stand der Abrüstung. Das Fortbestehen der Wehren in Bayern und Ostpreußen wird hier mit der „kommunistischen Gefahr", dort mit der Gefahr einer Invasion zu erklären versucht.

Wir kommen im Abendblatt auf diese Angelegenheit zurück.

Buck wieder Ministerpräsident.

Kommunistische Brandreden im sächsischen Landtag.

Dresden, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stand die Wahl des Ministerpräsidenten. Genosse Wirth schlug den bisherigen Ministerpräsidenten Genossen Buck vor. Namens der Deutschnationalen erklärte der Abgeordnete Hofmann, daß sie nicht für Buck stimmen würden, weil er eine Regierung bilden wolle, die sich auf die Kommunisten stütze und eine solche Regierungsbildung der bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen Volksstimmung widerspreche. Eine ähnliche Erklärung gab im Namen der Deutschen Volkspartei der Abg. Blüher ab, der besonders betonte, eine Regierung mit Kommunisten stehe im schärfsten Widerspruch zur Stimmung der Wählerschaft. Beide Parteien erheben schärfsten Protest gegen die Regierungsbildung. Im Namen der Demokraten erklärte der bisherige Kultusminister Dr. Seyfert, daß eine von der Billigung der Kommunisten abhängige Regierung gegen alle demokratischen Grundsätze verstoße; deshalb würden die Demokraten gegen Buck stimmen.

Dann nahm der Kommunist Renner das Wort und erklärte: Wenn die Kommunisten auch gewillt seien, für Buck zu stimmen und eine sozialistische Regierung zu unterstützen, so doch nur unter der Voraussetzung, daß sie eine möglichst proletarisch-revolutionäre Politik verfolge. „Unser Ziel bleibt nach wie vor, die Verfassung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu stürzen und die Massen zum Sturz der Verfassung und des Landtags aufzurufen. Wir sind der Ansicht, daß wir der Regierung zustimmen müssen, um den Massen die Illusion zu zerstören, daß eine solche sozialistische Regierung zum Sozialismus führen oder das Elend beseitigen kann. Wenn die Massen das erkennen, werden sie dieser Regierung den Fußtritt geben." In einer schriftlich fixierten Erklärung sagte Renner im Auftrage seiner Fraktion noch, die Absicht der Kommunisten sei, die unbeschränkte Macht der Arbeiterklasse durch die Rätediktatur herbeizuführen. Eine sogenannte sozialistische Regierung, wie sie jetzt zustandekommen soll, sei nichts weiter als eine Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse. Die Kommunisten wollen den sozialistischen Parteien Gelegenheit geben, die Regierung zu bilden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß eine proletarisch-sozialistische Politik getrieben werde. Dann verlas er die bekannten Chemnitzer Bedingungen der Kommunisten mit den unmöglichen Forderungen und erklärte dazu: „Dieses Programm setzen wir dem Ministerpräsidenten vor und erklären uns bereit, eine Regierung zu unterstützen, die sich danach richtet."

Daraufhin erklärte Präsident Fräßdorf, er habe diesen Erguß zugelassen, um von vornherein Klarheit zu schaffen. Genosse Wirth beantragte, der kommunistischen Erklärung wegen die Sitzung um eine Stunde zu vertagen. Nach 1¾stündiger Pause nahm Ministerpräsident Buck das Wort und erklärte, er müsse für den Fall seiner Wahl den Eid auf die Verfassung ablegen und sei gewillt, im Sinne der Verfassung zu regieren. Er buhle nicht um Stimmen von Abgeordneten, die erklären, die Verfassung stürzen zu wollen. Genosse Wirth erklärte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, die Sozialdemokraten vertreten auch im Landtage die Politik, die durch das Programm geboten sei. Im übrigen schließe er sich der Erklärung Bucks an.

Der Kommunist Renner erklärte darauf, die Kommunisten hätten mit ihrer Erklärung nichts anderes sagen wollen, als daß sie die Regierung nur so lange unterstützen würden, als sie sozialistische Politik treibe.

Die Unabhängigen gaben eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß sie trotz der ersten kommunistischen Erklärung bereit seien, in eine sozialistische Regierung einzutreten.

Darauf wurde zur Wahl des Ministerpräsidenten geschritten. Von 95 abgegebenen Stimmen entfielen 48 auf den Genossen Buck, er hat also eine Stimme über die absolute Majorität und ist damit gewählt. Die bürgerlichen Fraktionen hatten alle die Stimme auf ihre Fraktionsvorsitzenden abgegeben. Genosse Buck wurde sodann durch den Landtagspräsidenten vereidigt.

Raumers Abfuhr.

Wie wir schon mitteilten, hat der Aufsichtsrat der Deutschen Werke in Gegenwart des Schatzministers v. Raumer sich mit dem vielerwähnten Altmaschinenvertrag beschäftigt. Er beschloß eine Vertrauenskundgebung für den von Raumer bekämpften Vorstand. Wir lassen sie der Vollständigkeit wegen im Wortlaut folgen:

„Der Aufsichtsrat anerkennt, daß die Direktion der Deutschen Werke, Aktiengesellschaft, den Vertrag mit Herrn Kahn in dem guten Glauben abgeschlossen hat, den Deutschen Werken zu nützen. Er hält den Vertrag nicht für vorteilhaft für die Deutschen Werke. Angesichts der Rechtslage und der von beiden Vertragsteilen anerkannten authentischen Interpretation, die den Vertrag wesentlich weniger ungünstig erscheinen läßt, sieht sich der Aufsichtsrat zu seiner Aufrechterhaltung veranlaßt. Im übrigen stellt der Aufsichtsrat fest, daß die Direktion ihre Pflicht voll erfüllt hat. Der Aufsichtsrat beschließt: einen engeren Ausschuß von vier Mitgliedern unter dem Vorsitz des Herrn Reichsschatzministers einzusetzen, der berechtigt ist, die Personalangelegenheiten endgültig zu regeln und über organisatorische Fragen Vorschläge zu machen. Der Aufsichtsrat bittet den Vorstand, bis auf weiteres die Geschäfte fortzuführen."

Das Reichsnotopfer.

Der Steuerausschuß des Reichstags setzte gestern seine Beratung über das Reichsnotopfer fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Reichsfinanzminister Dr. **Wirth** auf eine Anfrage hin mit, daß eine Novelle zum Einkommensteuergesetz dem Reichsrat vorgelegt worden sei. Die Verlängerung der Frist für Selbstzeichner von Kriegsanleihe zur Anmeldung für das Reichsnotopfer müsse eine Grenze haben; ob es möglich sei, sie über den 31. Dezember 1920 hinaus zu verlängern, sei fraglich. Er sei aber bereit, dieserhalb mit allen Fraktionen in Verhandlungen einzutreten. Abg. Dr. **Braun** (Soz.): Meine Fraktion steht mit aller Entschiedenheit

auf dem Boden der Regierungsvorlage

und läßt die Vorlage nicht durchlöchern. Die Parteien, die sich national nennen, hätten allen Grund, ihr ebenfalls zuzustimmen, um die Not des Reiches zu lindern und das Reich vor Schlimmerem zu bewahren. Hinsichtlich einer Zwangsanleihe nehmen wir eine abwartende Stellung ein. Sollte die Vorlage über das Reichsnotopfer durchlöchert werden, so behalten wir uns im Hinblick auf den Lohnabzug für die Einkommensteuer innerhalb und außerhalb des Hauses unsere Haltung vor. Das Lohnabzugsgesetz war auch nicht gut durchgearbeitet, und wenn die jetzige Vorlage einige Mängel hat, so dürfen diese Mängel nicht dazu benutzt werden, die Vorlage zu sabotieren. Die Besitzenden müssen zu den Lasten des Reiches hart herangezogen werden, damit die weniger Vermögenden darauf hingewiesen werden können. Wir sind uns bewußt, daß auch die Arbeiter eine Steuerpflicht haben. Diese wird leichter erfüllt werden, wenn die Reichen Steuerfreudigkeit zeigen.

Abg. **Simon**-Schwaben (Soz.) bemängelt die dilatorische Behandlung der Vorlagen, es müsse im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches endlich zur Tat geschritten werden. Der Gedanke der Zwangsanleihe dürfe nicht als Vorwand zur Durchlöcherung der Vorlage benutzt werden.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministers begründet sodann eingehend die Vorlage. Ob diese einen durchschlagenden Erfolg haben würde, stehe nicht fest. Bei einem Mißerfolg würde aber der Kredit weiter sinken. Das wirksamste und schnellste Mittel sei die Annahme der Vorlage.

Abg. Dr. **Helfferich** (Dnat.) wünscht weitere Unterlagen und Auskunft darüber, ob die Entente die Hand auf die österreichische Vermögenssteuer habe legen wollen.

Abg. **Feldmann** (Soz.) beantragt Schluß der Generaldebatte und Eintritt in die Beratung der Vorlage.

Zu dem vom Abg. Becker geäußerten Wunsch, zunächst einen Referentenentwurf über eine Zwangsanleihe vorzunehmen, erklärt Ministerialdirektor von Lähr, die Regierung halte an der Vorlage über die schnelle Erhebung des Reichsnotopfers fest.

Abg. **Henke** (U.S.P.) stellt sich auf den Boden der Regierungsvorlage und wünscht Schluß der Generaldiskussion. Mit 11 gegen 11 Stimmen wurde der Schlußantrag abgelehnt. In der weiteren Generalaussprache äußerte sich Abg. Dr. **Becker-Hessen** (D. Vp.) über den Lohnabzug, der keine Vorbelastung bedeute, über die Wirkung der Steuern und die Art der Steuererhebungen. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

In Verlegenheit.

Der Aeltestenausschuß der Landesversammlung besprach sich am Donnerstag über die durch den Auszug der Sozialdemokraten aus der Mittwochs-Sitzung des Hauptausschusses geschaffene Lage. Von den Demokraten und vom Zentrum wurde darauf verwiesen, daß man sich innerhalb der Mehrheit schlüssig geworden sei, die Grundsteuer vorläufig noch nicht zu beraten. Man will aber die Entscheidung der Sitzung des Staatsministeriums überlassen. Falls das Kabinett an der sofortigen Beratung der Grundsteuer festhält, soll dieser Gegenstand auf die Tagesordnung der Sonnabendsitzung gesetzt werden. Weiter beschloß der Ausschuß, im Dezember bis zum 16. einschließlich zu tagen. Im Januar sollen vom 11. bis 14. des Monats Sitzungen stattfinden.

Flugzeugarbeiter und Entente.

Ein Protest gegen die Lahmlegung der Flugzeugindustrie.

Der Angestellten- und Betriebsrat der Firma Sablatnig Flugzeugbau G. m. b. H. schreibt uns:

„Mit großer Mühe hat die deutsche Arbeiterschaft es erreicht, daß Maßnahmen getroffen sind, die sie davor schützen, ohne gerechtfertigten Grund entlassen zu werden. Aber was nützen uns alle diese Errungenschaften, **wenn jetzt die Entente die deutschen Flugzeugfirmen zu Massenentlassungen veranlassen will, die sachlich in keiner Weise gerechtfertigt sind und die eine unerhörte Rücksichtslosigkeit der deutschen Arbeiterschaft gegenüber darstellen.** Täglich wächst die Arbeitslosigkeit sowieso schon. Nun soll sie auch noch **künstlich durch die Entente erhöht** werden. Gerade jetzt, wo der strenge Winter vor der Tür steht, ist es für uns eine ganz besondere Härte, wenn wir der Arbeitslosigkeit zugeführt werden sollen. Wir wissen ja alle, daß es so gut wie unmöglich ist, mit der Arbeitslosenunterstützung auszukommen. Wenn wir schon einsehen, daß der Staat die Arbeitslosenunterstützung in der traurigen Finanzlage, in der er sich befindet, nicht erhöhen kann, so müssen wir uns doch mit Händen und Füßen dagegen wehren, und alle Mittel, die uns gerechterweise zu Gebote stehen, benutzen, damit uns das Elend der Arbeitslosigkeit erspart bleibt. Wir Arbeiter haben darauf gehalten und werden darauf halten, **daß kein irgendwie geartetes Kriegsgerät fabriziert wird,** aber wir verlangen auf der anderen Seite auch, **daß unsere Regierung sich für uns einsetzt, daß wir friedliche Flugzeuge bauen dürfen.** Wir hoffen, daß die Frage sehr bald in unserem Sinne gelöst wird und daß auch Maßnahmen getroffen werden, die für die Zukunft ein solches Dareinreden der Entente unmöglich machen, denn die ewige Beunruhigung der Arbeiterschaft muß endlich einmal aufhören. Wir wollen wissen, woran wir sind und nicht täglich auf dem Pulverfaß sitzen und die Gefahr laufen, vielleicht morgen auf die Straße gesetzt zu werden, **nur weil es der Entente vielleicht in den Sinn kommt, die deutsche Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen.**

Wir glauben, daß die obigen Ausführungen auch im Sinne der Betriebsräte der anderen in Frage kommenden Firmen und der gesamten Arbeiterschaft sind.

Angestelltenrat — Paul Berger,
Max Urzendowsky. — Betriebsrat."

Unfallversicherung und Invalidenrente.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm nach den P. P. R. in seiner Mittwochtagung den Bericht des Unterausschusses für Unfallversicherung durch Herrn Wilhelm Beckmann entgegen. Der Redner wies darauf hin, daß bei der Geldentwertung und den entsprechend höheren Gehaltern die frühere Unfallversicherungsgrenze von 5000 M. (Best. v. 1912) **längst überholt** sei und daß die meisten Berufsgenossenschaften dem auch schon Rechnung durch Erhöhung oder Fallenlassen jeder Grenze Rechnung getragen hätten. Da als Grundsatz gelten müsse, daß alle Berufszweige, die früher vor dem Kriege in die Versicherung einbegriffen waren, wieder umfaßt werden müssen, so sei die Grenze weit anzusetzen und

mit 30 000 M. Jahreseinkommen

nicht zu hoch gegriffen. Da von den beiden Sachverständigen nur der Vertreter der deutschen Berufsgenossenschaften, Dr. Ostern, **formale Bedenken äußerte, sonst aber mit Paul Müller (See-**Berufsgenossenschaft) die **finanzielle Leistungsfähigkeit der Berufsgenossenschaften bestätigte,** so schloß sich der Ausschuß einstimmig dem Antrage W. Beckmann an, die Reichsregierung zu ersuchen, auf dem Wege eines Notgesetzes die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Unfallversicherung auf 30 000 M. mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert vorzunehmen.

Dann berichtete Geh. Reg. Rat Dr. Thissen über die Eingaben des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands und der Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau, die beide die

Not der Knappschaftsinvaliden, -witwen und -waisen

behandelten. Für über 800 000 Rentenempfänger werden Durchschnittsbeträge von **monatlich 15 M. gezahlt.** Das Verlangen der Eingeber geht dahin, für Invaliden 100 M., Witwen 50 M. und Waisen 40 M. zu bewilligen, das würde monatlich 19, jährlich 228 Millionen erfordern.

Von dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wurde in der folgenden Aussprache darauf hingewiesen, daß für eine zeitentsprechende Erhöhung aller Invalidenrenten etwa **2½ Milliarden** notwendig wären, die von dem Reichsfinanzministerium und dem Kabinett **abgelehnt** worden seien.

Von Arbeitnehmerseite, und zwar von einem Vertreter des Bergbaues, wurde die Dringlichkeit des Antrages betont. Es wirke nicht fördernd auf die Arbeitslust der Bergarbeiter, wenn sie als sicheres Los nach nur 22 Dienstjahren — so niedrig ist das Durchschnittsdienstalter der Knappschaftsinvaliden — eine solche Not vor sich sehen. Auf der anderen Seite wurden Bedenken laut, der erschöpften Reichskasse neue Lasten aufzubürden. Schließlich wurde der Antrag Thissen einstimmig angenommen, die beiden Eingaben der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Bitte um

beschleunigte Vorlegung eines Notgesetzes,

das den Unfall-, Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrentnern der Knappschaftskassen bis zur allgemeinen Neuordnung des Knappschaftswesens zur vorläufigen Einschränkung der schlimmsten Not **Rentenzuschüsse** gewährt. Die Kosten werden von den betreffenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern und soweit diese dazu außerstande sind, aus Reichsmitteln aufzubringen sein. — Nach Erledigung einiger geschäftlicher Fragen vertagte sich der Ausschuß auf Sonnabend nachmittag.

Gemeindewahlen in Westpreußen.

Marienwerder, 9. Dezember. Bei den am 28. November erfolgten Gemeindewahlen im Kreise Stuhm (Westpreußen) haben 10 891 Wahlberechtigte gewählt. Davon haben 21,64 Proz. für polnische Kandidaten gestimmt. Bei der Volksabstimmung im Juli d. J. hatten von den im Kreise Stuhm ansässigen Wählern etwas mehr als 80 Proz. sich für Polen entschieden. Daraus ergibt sich, daß innerhalb einer Frist von 4½ Monaten die polnischen Stimmen im Kreise Stuhm um rund ein Drittel ihres Bestandes zurückgegangen sind.

Ein Verlegenheitspräsident.

Dr. Michael Hainisch österreichischer Bundespräsident.

Wien, 9. Dezember. (Wiener Korresp.-Bureau.) Die Bundesversammlung wählte mit 129 von 214 Stimmen Dr. Michael Hainisch zum Bundespräsidenten. Auf Seitz entfielen 85 sozialdemokratische Stimmen. Der gewählte Bundespräsident gehört keiner Partei an. Er hat sich schriftstellerisch und praktisch auf nationalökonomischem und sozialpolitischem Gebiet betätigt. Er ist der Sohn der bekannten Wiener Frauenrechtlerin Marianne Hainisch. Der Präsident ist 60 Jahre alt.

Vor der Revision des Friedens von Sèvres.

Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen erschien Ministerpräsident Leygues in Begleitung des Oberkommissars für Syrien, General Gourand. Beide bereiteten auf eine Räumung von Cilicien vor. Leygues kündigte eine Revision des Friedensvertrages von Sèvres an: man müsse den berechtigten Forderungen der Türkei gerecht werden. Es wird beabsichtigt, Smyrna den Griechen zu entziehen und unter gewissen Bedingungen den Türken zurückzugeben. Der französische Standpunkt soll somit in London gesiegt haben.

Eupen-Malmedy und der Vatikan.

Kardinal Mercier nach Rom gefahren.

Paris, 8. Dezember. (WTB.) „Intransigeant" berichtet, Kardinal-Erzbischof Mercier von Mecheln habe heute Paris passiert, um sich über Marseille nach Rom zu begeben. Das Blatt glaubt, der Zweck der Reise sei, die Fragen zu lösen, die sich durch Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy ergeben hätten. Der Bischof von Lüttich habe schon längst verlangt, diese beiden Bezirke seiner Diözese zu unterstellen. **Der Papst habe aber weder mit Ja noch mit Nein geantwortet.** Man habe ihm (dem Bischof) in Rom erklärt, diese Unschlüssigkeit erkläre sich daraus, daß die deutsche Regierung in der Frage von Eupen und Malmedy Einspruch erhoben habe. Nun wolle Kardinal Mercier selbst beim Papst versuchen, die Frage zu regeln.

Der irische Knoten.

Die Vermittlungsaktion der Arbeiterpartei gescheitert?

London, 9. Dezember. (W.T.B.) Wie verlautet, ist das Eingreifen der Arbeiterpartei zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes in Irland als Einleitung zu einer Regelung erfolglos geblieben.

Auslandsrundschau.

Der norwegische Eisenbahnerstreik ist nun schon seit 8 Tagen im Gange. Bisher ist es der Regierung nur gelungen, täglich 12 Züge gegenüber 1000 in normalen Zeiten in Betrieb zu halten.

Die spanische Presse stellt das Scheitern des Allgemeinausstandes fest. Vielfach wird hervorgehoben, daß das gewaltsame Vorgehen und die Willkür der Anhänger der Dritten Internationale den Zusammenhalt der Ausständigen gebrochen und die Stellung der Regierung gestärkt habe.

Aus Athen wird dem „Daily Chronicle" gemeldet, daß die erste Folge der Rückkehr Konstantins die Abreise der Ententegesandten sein könnte.

Nach einer „Matin"-Meldung aus London betrug im November die Zahl aller im Arbeitsministerium eingetragenen Arbeitslosen in England 251 000.

In der italienischen Kammer begann eine Debatte über die Rückgabe der Zoologischen Station in Neapel an den deutschen Professor Dohrn. Mehrere Redner erklärten sich gegen die Rückgabe, andere sprachen für.

Die Sowjet-Regierung meldet, daß der General Machno, der sich ihr zuerst zur Bekämpfung Wrangels zur Verfügung gestellt hatte und nun auf eigene Faust einen Bandenkrieg in der Ukraine gegen die Sowjets führte, vollständig geschlagen wurde. Seine ganze Artillerie ist in die Hände der Sowjettruppen gefallen.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz des Verbandes der Maschinisten und Heizer.

Der Verbandsvorstand hatte die Funktionäre auf den 6. und 7. Dezember nach Berlin geladen. Die von 115 Angestellten besuchte Konferenz, darunter zwei Vertreter aus dem Saarstaat und ein Schiffahrtsangestellter aus Wien, befaßte sich in der Hauptsache mit Organisations- und Verwaltungsfragen. Verbandsvorsitzender Klebe gab zunächst einen Ueberblick über den Stand des Verbandes. Er führte aus: Bis zum 2. Quartal d. J. betrug die Mitgliederzunahme seit dem letzten Verbandstag pro Quartal rund 10000. Im 3. Quartal 1920 war trotz der Wirtschaftskrise immer noch eine Zunahme von 3000 zu verzeichnen. Die Werbekraft des Verbandes ist somit immer noch nicht erschöpft. Nach den Berichten aus dem Lande wird auch das 4. Quartal mit einer Mitgliederzunahme abschließen. Die Finanzpolitik des Verbandes war eine gesunde, trotz der hohen Anforderungen durch Lohnbewegungen und Streiks. Nach außen hin hat sich der Verband trotz vieler Gegnerschaft durchgesetzt. Alle Angriffe, sowohl von links durch die Unionisten und Syndikalisten, wie von rechts, besonders von den Christen, wurden erfolgreich abgeschlagen, so daß heute in Deutschland nur eine Berufsorganisation der Maschinisten und Heizer, nämlich unser Verband, besteht. Auch gegen die Technische Nothilfe haben wir uns erfolgreich gewehrt, und beim Kapp-Putsch hat gerade unsere Organisation der Arbeiterschaft unschätzbare Dienste geleistet, was vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auch anerkannt wurde.

Mit den Arbeitsgemeinschaften haben wir uns abgefunden, weil diese im gegenwärtigen Zeitpunkt auch uns Vorteile bringen. Sollten sich die Verhältnisse ändern, so werden wir, wenn nötig, unseren Standpunkt revidieren. Die seit einiger Zeit besonders stark propagierte Idee der Industrieverbände, die allerdings schon sehr alt ist, hat auch den Vorstand beschäftigt. Unser Beruf, bisher verteilt auf alle Industrien, fängt an, sich selbst zu einer Industrie zu konzentrieren. Die Industrie der Krafterzeugung und Verteilung umfaßt heute schon über 80000 Arbeiter und Angestellte. Mit der unaufschiebbaren Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wird sich die Zahl der Arbeiter in dieser Industrie erhöhen, während allerdings in anderen Industrien eine Anzahl Berufskollegen entbehrlich werden dürfte. Dieser Entwicklung werden wir Rechnung tragen müssen. Die Industrieverbände können aber nicht willkürlich geschaffen werden, sondern müssen ein Produkt der realen Verhältnisse sein. Sonst entstehen nur neue Konflikte zwischen den Gewerkschaften.

Nach einer sehr eingehenden Diskussion, in welcher ganz besonders die Frage der Industrieverbände eingehend besprochen wurde, stimmte die Konferenz der vorgelegten Resolution einmütig zu. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die aus allen Gauen des Reichs stark besuchte Funktionärkonferenz des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands beschließt:

In Erwägung der allgemeinen Lage der deutschen Volkswirtschaft hält die Konferenz es im Interesse der Verbandsmitglieder und der Allgemeinheit für dringend erforderlich, bei allen Lohnbewegungen jede Verhandlungsmöglichkeit voll auszunützen, bevor die Waffe des Streiks in Anwendung gebracht wird.

Bei erforderlichen Kämpfen ist streng darauf zu achten, daß die Notstandsarbeiten von unseren Mitgliedern ausgeführt werden.

Die Konferenz legt Verwahrung dagegen ein und lehnt es entschieden ab, unsere Kollegen zu Vorspanndiensten bei Aktionen, die von anderen Organisationen eingeleitet und geführt werden, mißbrauchen zu lassen. Die wirtschaftliche Macht unserer Mitglieder kann nur dann in Anwendung gebracht werden, wenn unserem Verbande das volle Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

In weiterer Erwägung, nur wenn alle Arbeiter der krafterzeugenden und verteilenden Industrie, sowie das technische Personal aller Industrien und im Verkehrsgewerbe, in einem geschlossenen Industrie- und Berufsverband organisiert sind, kann die Gewähr für eine geordnete und ruhige Entwicklung der Volkswirtschaft geboten werden.

Um ein geschlossenes Handeln zu ermöglichen, fordern die Funktionäre die gesamte Kollegenschaft auf, jede Organisationszersplitterung energisch und mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Ueber Verwaltungsfragen referierte Verbandsvorsitzender Schlichting, wobei er besonders die Umwandlung von Bezirken in Geschäftsstellen und die Errichtung der Reichssektionen behandelte. Diese Reformen haben sich gut bewährt. Der nächste Verbandstag im Juni 1921 werde noch weitere Reformen durchführen müssen. Auch im Beitragswesen mache sich eine Reform nötig. Für den Kampf müssen mehr Mittel bereitgestellt werden können und auch sonst müssen die Einrichtungen des Verbandes, worunter auch die Bezahlung der Angestellten falle, so gestaltet werden, daß der Verwaltungsapparat jederzeit flott funktioniert. Der Grundsatz müsse überall durchdringen, daß der Wochenbeitrag einen Stundenlohn betrage. Obwohl die Gewerkschaften auch die Interessen der Allgemeinheit fördern müssen, seien sie doch in erster Linie eine Interessenvertretung für die Berufsangehörigen. Dafür müssen auch die erforderlichen Opfer gebracht werden.

In der Diskussion wurden diese Gedanken noch unterstrichen und dem Vorstand ein Antrag auf den Weg gegeben, in allernächster Zeit gemeinsam mit dem Beirat über die Beitragsfrage zu beraten.

Nachdem noch der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft der Elektrizitätsindustrie, Kollege Bube, ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über die Elektrizitätswirtschaft gehalten hatte, schloß der Vorsitzende Klebe die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband.

Vertreterversammlung der Bühnenangehörigen.

Trotz der heftigen Angriffe gegen das Präsidium wurde eine Einigung erzielt. In einer Nachtsitzung wurde dem Verwaltungsrat mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, zwei Prozent der Gage als Mitgliederbeitrag einzuziehen. Die Bezirksobmänner erhielten in der Vertreterversammlung Sitz und Stimme. Die Bezirksverbände erhielten das Recht, Lohnverhandlungen zu führen. Die Bezirksausschüsse sind nach Zustimmung des Präsidenten zu Abschlüssen berechtigt. Der Tarifausschuß setzt das Mindesteinkommen für das ganze Reich fest. Dr. Czempin und Otto stellten den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zum Ausbau der Erwerbslosenfürsorge nach den Grundsätzen der freien Gewerkschaften.

Nachdem die Versammlung Statutenänderungen beraten und beschlossen hatte, wurde schließlich eine Satzungskommission gewählt. Rickelt empfahl, dem Abschluß eines Tarifvertrages mit den deutschen Bühnenorganisationen in der Schweiz, Oesterreich und der Tschechoslowakei zuzustimmen. Es wird verlangt, daß in dem künftigen Tarifabkommen festgesetzt werde: 1. Am Ende der Spielzeit dürfen nicht mehr als 25 Proz. der künstlerischen Mitglieder des festen Ensembles entlassen werden. Auch diese Entlassungen dürfen nur aus schwerwiegenden Gründen erfolgen. Dem Betriebsrat wird das Recht des Einspruches zugebilligt, gegen den die Bühnenleitung keine Entlassung vornehmen darf. Ein weiterer Beschluß betrifft die Errichtung örtlicher paritätischer Schlichtungsstellen bei Rollenstreitigkeiten zwischen Schauspielern und Bühnenleitern. Dr. Czempin beantragt, energische Maßnahmen zu treffen zum Schutze der durch ihre organisatorische Tätigkeit oder ihr solidarisches Verhalten künstlerisch oder wirtschaftlich seitens der Direktoren oder anderer Kollegen geschädigten Bühnengenossenschaftler. Präsident Rickelt erklärt dazu, es zeige sich hier, daß der rein gewerkschaftliche Gedanke nicht mechanisch auf das Bühnenleben übertragen werden könne.

Feldhammer-Frankfurt a. M. fordert die Zentralisierung der Pensionsanstalten der deutschen Bühnen. Zu diesem Punkt wird vom Vorstand vorgeschlagen, die Satzungen dahin zu ändern, daß jedes Mitglied ein Eintrittsgeld von 10 Mark und 2 Proz. seines Monatseinkommens als Beitrag zu zahlen habe. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen.

In der Nachmittagssitzung sprach Ebert-Frankfurt a. M. über die Anfängerfrage und das Theater-Unterrichtswesen. Der Redner nimmt scharf Stellung gegen die Theaterschulen, die nur das künstlerische Proletariat vermehren. Um den Schulen jedes Unternehmerinteresse zu nehmen, empfiehlt er in Verbindung mit den Bühnen Schulstellen zu errichten, die zugleich Prüfstellen sein sollen. Keine der Vereinsbühnen dürfte Anfänger engagieren, die nicht an einer dieser Schulen ausgebildet oder wenigstens geprüft sind. Die einzelnen Landesregierungen hätten diesen Schulen, ebenso wie den Kunsthochschulen Zuschüsse zu leisten.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Wirtschaftslage der Theater und die Einnahmeverhältnisse der Mitglieder. Pauli vom Vorstand führt dazu aus, daß die Notlage der Theater lange nicht so groß sei, wie sie meist dargestellt werde. Im Gegenteil, die meisten Theater zahlen recht ansehnliche Dividenden, dagegen sei die Bezahlung der Schauspieler durchaus ungenügend. Es müsse in jeder Weise Abhilfe geschaffen werden durch Organisation nicht nur hinter, sondern auch vor dem Vorhang.

Ueber die erwerbslosen Schauspieler sprach Frau Riechers. Die Notlage der erwerbslosen Schauspieler sei groß. In Berlin gebe es augenblicklich allein 2500 engagementslose Schauspieler. Um ihnen zu helfen, müsse unbedingt den in einem Engagementsverhältnis stehenden Kollegen verboten werden, am Kabarett und am Film doppelt und dreifach zu verdienen. (Beifall und Widerspruch.) Ebenso müsse energisch Front dagegen gemacht werden, daß so viele Ausländer an deutschen Bühnen engagiert werden. Rickelt weist darauf hin, daß viele Schauspieler engagementslos seien, weil sie sich weigern, in die Provinz zu gehen. Die Bühnengenossenschaft habe für die Notlage der Erwerbslosen ein warmes Herz und werde auch zur Ausländerfrage Stellung nehmen.

Die Verhandlungen wurden auch noch in der Nacht fortgesetzt.

Hg.

S.P.D.-Metallarbeiter.

Montag 6 Uhr, im Deutschen Hof, Luckauer Straße 15,

Versammlung sämmtlicher S.P.D.-Metallarbeiter.

Tagesordnung: Die Neuwahl der Berliner Ortsverwaltung und unsere Stellungnahme dazu.

Vollzähliges Erscheinen dringend nötig. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

Der Fraktionsvorstand.

Der Streik im Zwickauer Revier.

Zwickau, 9. Dezember. Der gestern im Zwickauer Steinkohlenrevier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ist heute so gut wie allgemein; nur auf einem Schacht der Bürgergewerkschaft wird noch gearbeitet. Auch im Lugau-Oelsnitzer Revier sind die Bergarbeiter heute fast vollzählig in den Ausstand getreten. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Durch den Streik werden die industriellen Betriebe bis in das Vogtland hinein in Mitleidenschaft gezogen, da sie vom Elektrizitätswerk Oelsnitz keine Kraft erhalten können. In Falkenstein können die Zeitungen nicht erscheinen.

Streik-Ende in der Gladbacher Textilindustrie.

Der Streik der 25000 Arbeiter der Gladbacher Textilindustrie ist nach zweitägiger Dauer beigelegt worden, nachdem die Unternehmer bezüglich der Lohnforderungen weitere Zugeständnisse gemacht hatten. Die Arbeiter halten ihre Forderungen auf eine 46stündige Arbeitswoche grundsätzlich aufrecht, erblicken in ihr aber keinen weiteren Grund zur Arbeitsverweigerung.

Vor neuen Bergarbeiterstreiks.

Die Bergarbeiterschaft des rheinischen Braunkohlenreviers ist, wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, in großer Erregung. Der Spruch des Schiedsgerichts wurde von beiden Teilen abgelehnt. Die Interalliierte Kommission, an die die Bergarbeiter sich gewandt hatten, entschied, daß der Schiedsspruch anerkannt werden müßte. Eine schriftliche Bestätigung ist aber, wie der Meldung eines Telegraphenbureaus zu entnehmen ist, noch nicht ergangen. Inzwischen sind neue Verhandlungen eingeleitet worden. Die Regierung wird durch einen Beauftragten zwischen beiden Parteien zu schlichten versuchen. Der Bergarbeiterverband hat die Regierung ersucht, die Verhandlungen noch diese Woche zum Abschluß zu bringen. Der Streik ist jedenfalls, wenn den Bergleuten nicht entgegengekommen wird, unvermeidbar.

Lohnbewegung der Optiker. Die Optikergehilfen streben schon seit langer Zeit eine Aufbesserung ihrer Bezüge an, jedoch ohne Erfolg. Ein am 27. November gefällter Schiedsspruch gestand ihnen eine Wirtschaftsbeihilfe von 800 bis 1800 M. zu, die die Unternehmer ablehnten. Da alle Einigungsversuche scheiterten, wurde am 9. Dezember der Streik erklärt.

Die Stuttgarter Metallarbeiter setzten am letzten Sonntag ihre schon zweimal vertagte Generalversammlung fort. Von etwa 800 Delegierten waren etwa 320 anwesend. Die Ersatzwahl für einen ausgeschiedenen Vorstandsbeisitzer ergab die Wahl des Kommunisten Wüst. Dißmann rief in seinem Schlußwort ungeheure Tumulte hervor und mußte sich von seinen ehemaligen Freunden, mit denen er fürchterlich abrechnete, als „Schwindler“, „Schieber“ usw. beschimpfen lassen. Angenommen wurde ein kommunistischer Antrag gegen die Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“.

Die Magdeburger Rechtsanwaltsangestellten sind nach einer WTB-Meldung wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen fast ausnahmslos in den Streik getreten.

Achtung, Buchdrucker! Montag 5 Uhr, Schultheiß-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25, sehr wichtige Aussprache. Sämtliche Generalversammlungsdelegierten, Vertrauensleute und Betriebsräte, die auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehen, müssen unbedingt anwesend sein. Kontrolle am Eingang. J. A.: Blumenthal. Herrmann.

Deutscher Hutarbeiterverband. Sonntag bei Schulz, Elisabethstraße 30, Urabstimmung über unsere Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband für diejenigen Mitglieder, welche nicht in den Betrieben abstimmen. Mitgliedsbuch sein, Karte mitbringen.

Transportarbeiterverband (Sektion I). Chemische Branche (Gruppe Oele und Fette). Heute 7 Uhr bei Prasser, Michaelkirchstr. 29, Gruppenversammlung.

Aus der Partei.

Ueberall Fortschritte!

Im Bezirk Mittelschlesien ist nach einem Bericht des Bezirkssekretariats im letzten Jahre die Zahl der Ortsvereine von 131 auf 810 und die der Mitglieder von 39634 auf 57154 gestiegen. Breslau-Stadt hat allein einen Gewinn von 7800 Mitgliedern zu verzeichnen. Trotz der schweren wirtschaftlichen Krisen und der Verteuerung der Abonnements hat auch die Presse im Bezirk gute Fortschritte gemacht. Die Breslauer „Volkswacht“ wird Anfang Januar im eigenen Heim erscheinen. Die Striegauer Genossen haben sich in der „Striegauer Volkszeitung“ ein auf ihre besonderen Verhältnisse mehr zugeschnittenes Organ geschaffen. In den Kreisen Glatz—Habelschwerdt wurde als neuer Streiter die „Glatzer Volksstimme“ geschaffen. Ab Januar treten in Brieg die „Brieger Volksstimme“ und in Oels die „Oelser Volksstimme“ ins Leben. So gehen die Genossen Mittelschlesiens gerüstet und siegesgewiß in den bevorstehenden Wahlkampf.

Der beste Weg der Einigung.

Nach einer Mitteilung der „Fränkischen Tagespost“ ist die Ortsgruppe Grafenwöhr (Bayern) der U.S.P. mit der gesamten Vorstandschaft zur alten Partei zurückgekehrt. Zurück blieben nur einige ganz Radikale. Im „schwarzen Bezirk“ geht es überhaupt rüstig vorwärts. Die Sektion Grafenwöhr ist von 83 auf 168 Mitglieder gestiegen. Im Kirchenthumbach hat sich eine Sektion mit 23, in Pappenberg mit 36 Mitgliedern gebildet.

Die nordböhmischen Bergleute gegen den Kommunismus. Prag, 8. Dezember. (Telunion.) Dem „Pravo Lidu“ zufolge fand am Sonntag in Kralup ein Gaukongreß der sozialdemokratischen Organisation statt, auf dem sich die anwesenden nordböhmischen Bergleute gegen den Kommunismus aussprachen. Es wurde konstatiert, daß der Kladnoer Gau zur Hälfte wieder sozialdemokratisch sei.

Jugendveranstaltungen.

Heute, abends 1/28 Uhr.

Abt. Moabit. Im Jugendheim Waldenser Straße 21, heute 1/28 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Britz. Jugendheim, Schule, Chausseestr. 132, Vortrag: „Volkswirtschaft“. — **Königswusterhausen.** Jugendheim, Karlstr. 4, Vortrag: „Das Hakenkreuz“. — **Mahlsdorf.** Jugendheim, Gemeindeschule, Waldenser-straße, Mädchenabend. — **Neukölln.** Jugendheim, Nogatstr. 53, Diskussionsabend: „Unsere Jugendheime“. — **Niederschönhausen.** Jugendheim, Gemeindeschule, Blankenburger Straße 69/70, Zimmer 23, Vortrag: „Der Lehrling im Mittelalter“. — **Norden.** Jugendheim, Strelitzer Str. 42/43, Schule, Mitgliederversammlung. — **Nordosten.** Jugendheim, Aula der Realschule, Pasteurstraße, Vortrag: „Volkswirtschaft“. — **Osten. Petersburger Viertel.** Jugendheim, Schule, Straßmannstr. 6, Vortrag: „Warum muß die Todesstrafe abgeschafft werden?“ — **Pankow.** Jugendheim, Wollankstr. 131, Vortrag: „Der Lehrling im Mittelalter“. — **Reinickendorf-Ost.** Jugendheim, Samuel Kaufmann, Seestraße, Ecke Aegirstraße, Vortrag: „Ferdinand Lassalle“. — **Tegel.** Jugendheim, Bahnhofstr. 15, Vortrag: „Ein russisches Grenzabenteuer“. — **Weißensee.** Jugendheim, Ledigenheim, Woelckpromenade 1, Mitgliederversammlung.

Kreis Prenzlauer Tor. Sonntag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, in der Schulaula, Berlin, Sonnenburger Straße 20, Lichtbildervortrag: „Sexuelle Hygiene“. Vortragender: Gen. Dr. Löwenstein. Arbeitereltern sind herzlichst eingeladen!

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 2 Beilagen.

FROSTALLA PULVER u. FIRNIS
Jahrelang bewährt gegen
FROSTBEULEN
L. ELKAN ERBEN, BERLIN S.

Dujardin
der wundervolle Weinbrand.
DUJARDIN & Co G.m.b.H. ÜRDINGEN a. RH.
LA ROCHELLE (COGNAC-CHARENTE MARITIME)
General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114.
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4947.

Gegen Kopfschmerzen, Migräne und ähnliche Nerven- u. rheumatische Leiden
Lajaunnoin
Pelikan-Apotheke
BERLIN W LEIPZIGERSTR. 93

Eine besondere Weihnachts-Freude!
MASSARY Zigaretten
KONLINON